



Stadt Aarau

Protokoll des Einwohnerrates

6. Sitzung 2012

vom Montag, 15. Oktober 2012, 19.00 Uhr, im Grossratssaal

Vorsitzender

Marc Dübendorfer, Präsident

Anwesend

48 Mitglieder des Einwohnerrates

7 Mitglieder des Stadtrates

Matthias Mundwiler, Controller

Madeleine Schweizer, Leiterin Finanzen und Liegenschaften

Daniel Fondado, Präsident Schulpflege

Marius Stadtherr, Mitglied Schulpflege

Patrick Walde, Leiter Personalwesen

Protokoll

Stefan Berner, Vize-Stadtschreiber

Entschuldigt abwesend

Hans Fügli, Einwohnerrat

Michael Haueter, Einwohnerrat

Dr. Martin Gossweiler, Stadtschreiber

Traktanden

	Seite
1. Mitteilungen	201
2. Inpflichtnahme von Christoph Waldmeier als neues Ratsmitglied (anstelle von Ursus Waldmeier)	202
3. Anfragen	
3.1 Gabriela Suter: Nagra-Standortabklärung für Oberflächenanlage eines Tiefenlagers	203
3.2 Micha Siegrist, Lelia Hunziker, Petra Ohnsorg: Abbruch auf Vorrat im Torfeld Süd?	206
3.3 Mario Serratore: Erkenntnisse und Stand der Umsetzung aus der Verwaltungsanalyse Werkhof	207
3.4 Gabriela Suter: Holzschlag und Wiederaufforstung auf städtischem Gebiet	208
3.5 Franziska Graf: Nicht-Beflagung der Stadt während der Feierlichkeiten zum 150 Jahr Jubiläum des Schweizer Blasmusikverbandes in Aarau	211
4. Voranschlag 2013 der Einwohnergemeinde Aarau	213
5. Pensionskasse der Stadt Aarau; teilweise Ausfinanzierung der durch die Senkung des Umwandlungssatzes entstehenden Einbussen und Übernahme des Pensionierungsverlustes 2013	231
6. Kreditabrechnung Umsetzung FURORA	242
7. Kreditabrechnung Suhre-Steg Telli	243

59. Mitteilungen

Marc Dübendorfer, Präsident: Ich begrüsse Sie heute alle ganz herzlich zur 6. Einwohner-ratssitzung. An der letzten Sitzung vom 27. August 2012 war die Botschaft zur Teilrevision des Personalreglements traktandiert gewesen. Der Stadtrat hat damals die Vorlage bekanntlich selber zurückgezogen, um nochmals Eingaben aus den Fraktionen zu ermöglichen. Offenbar sind bis heute keine zusätzlichen, neuen Eingaben, Abänderungswünsche etc. eingegangen. Ich verweise alle Interessierten in diesem Zusammenhang auf die Seiten 142 ff. des Protokolls der Augustsitzung. Dort ist alles ausführlich dargelegt. Gleichzeitig gebe ich bekannt, dass zu diesem Geschäft neue Eingaben und Anträge noch bis Ende Oktober an den Stadtrat gerichtet werden können, damit es möglich ist, diese zu verarbeiten. So macht die Neutraktandierung dieses Geschäfts unter dem gewünschten Aspekt, dass man sich noch einbringen möchte, auch Sinn. Hier noch eine abschliessende Bemerkung zum Traktandum 1: Die Sitzungsdaten für das Jahr 2013 sollten spätestens in den nächsten 14 Tagen verteilt werden, sodass alle Fraktionen die Planung des nächsten Kalenderjahres in Angriff nehmen können.

Der **Präsident** gibt die Entschuldigungen bekannt.

Traktandum 2

60. Inpflichtnahme von Christoph Waldmeier als neues Ratsmitglied (anstelle von Ursus Waldmeier)

Marc Dübendorfer, Präsident: Das Wahlbüro der Stadt Aarau hat **Christoph Waldmeier** (anstelle von Ursus Waldmeier) mit Entscheid vom 8. August 2012 als gewählt erklärt. Er hat die Wahl angenommen.

Der Vorsitzende verliest die Gelöbnisformel gemäss § 3 des Geschäftsreglementes.

Christoph Waldmeier leistet das Gelöbnis durch Nachsprechen der Worte: *"Ich gelobe es"*.

Das neue Mitglied des Einwohnerrates stellt sich danach mit eigenen Worten kurz vor.

Marc Dübendorfer, Präsident: Ich heisse Christoph Waldmeier herzlich im Einwohnerrat willkommen und wünsche ihm eine interessante Zeit.

61. Anfrage Gabriela Suter: Nagra-Standortabklärung für Oberflächenanlage eines Tieflagers

Am 21. August 2012 hat Einwohnerrätin **Gabriela Suter** eine schriftlich begründete Anfrage mit folgender Fragestellung eingereicht:

1. *Wie ist die Haltung des Stadtrats zu einer möglichen NAGRA-Oberflächenanlage für schwach- und mittelradioaktive Abfälle in Suhr?*
2. *Welche Schritte hat der Stadtrat bisher unternommen, um seine Position möglichst wirkungsvoll in die Standortabklärung einzubringen? Welche weiteren Schritte plant der Stadtrat?*
3. *Wann und in welcher Form wird der Stadtrat die Bevölkerung über die geplante Oberflächenanlage und deren mögliche Auswirkungen auf Aarau informieren?*
4. *Wird der Stadtrat eine Bevölkerungsbefragung durchführen, um die Haltung der Aarauer Einwohnerinnen und Einwohner abzuklären? Wenn ja: Wann wird diese durchgeführt? Wenn nein: Warum nicht?*

Jolanda Urech, Stadträtin: Ich äussere mich gerne zu dieser Anfrage. Meine Ausführungen werden etwas umfassend sein, da hier teilweise sehr komplexe Punkte angesprochen werden und der Stadtrat der Meinung ist, dass voraus einige grundsätzliche Überlegungen zur Standortauswahl eines Tiefenlagers angestellt werden müssen. Die Standortsuche erfolgt in drei Etappen: Im Oktober 2008 hat die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (NAGRA) aufgrund sicherheitstechnischer Kriterien sechs potenzielle geologische Standortgebiete vorgeschlagen. Nach einer dreimonatigen Anhörung hat der Bundesrat am 30. November 2011 alle Vorschläge für Standortgebiete angenommen: Südranden, Zürich Nordost, nördlich Lägern, Jura Ost, Jura Südfuss und Wellenberg. Im Verlauf der 2. Etappe müssen die vorgeschlagenen geologischen Standortgebiete auf mindestens zwei Standorte pro Abfallkategorie – schwach- und mittelradioaktive Abfälle sowie hochradioaktive Abfälle – eingeengt werden. Neben sicherheitstechnischen werden dabei auch raumplanerische und sozioökonomische Aspekte geprüft. Die Bevölkerung und die Gemeinden der betroffenen Standortregionen können ihre Bedürfnisse und Interessen im Rahmen der regionalen Partizipation in das Verfahren einbringen. Die definitive Standortwahl erfolgt in Etappe 3, in der das nach Kernenergiegesetz erforderliche Rahmenbewilligungsverfahren eingeleitet wird. Die Rahmenbewilligung wird vom Bundesrat erteilt und muss vom Parlament genehmigt werden. Der Entscheid des Parlaments untersteht dem fakultativen Referendum auf Bundesebene. Wie wird die Bevölkerung einbezogen? Jede der drei Etappen endet mit einer dreimonatigen formellen Anhörung, bevor der Bundesrat über die Standorte entscheidet. Kantone, Nachbarstaaten, Organisationen, politische Parteien und alle Interessierten können gegenüber dem BFE Stellung nehmen. Die kantonalen Stellen für Raumplanung hören interessierte kantonale, regionale und kommunale Stellen an. Sie sorgen auch dafür, dass die Bevölkerung in geeigneter Weise mitwirken kann. Die Entscheidung über ein mögliches Tiefenlager wird gesamt-

schweizerisch gefällt, jedoch sollen sich die direkt betroffenen Regionen frühzeitig damit auseinandersetzen, wie sie sich trotz eines allfälligen Tiefenlagers nachhaltig entwickeln können. Im Zentrum von Etappe 2 steht deshalb die regionale Partizipation. Für deren Umsetzung wurden in allen Standortregionen sogenannte Regionalkonferenzen gegründet. Die Regionalkonferenzen vertreten ihre Standortregion im Auswahlverfahren und bringen die regionalen Interessen und Bedürfnisse ein. Sie befassen sich mit folgenden konkreten Hauptaufgaben: Prüfen der von der NAGRA erarbeiteten Standortvorschläge hinsichtlich Platzierung, Erschliessung und Ausgestaltung. Zusätzliche Standorte können vorgeschlagen werden; Erkennen der sozioökonomischen-ökologischen Auswirkungen eines Tiefenlagers auf die Region; Einbringen spezieller Aspekte der Region in sozioökonomisch-ökologischen Wirkungsstudien. Die Gründungsversammlung der "Regionalkonferenz Plattform Jura-Südfuss" fand am 9. November 2011 in Gretzenbach statt. Die Konferenz besteht aus rund 100 Delegierten aus Politik, Wirtschaft, Gewerbe und Interessenorganisationen sowie Bürgerinnen und Bürgern. Rechtlicher Träger ist ein Verein, welcher am 4. Mai 2011 von den 47 Gemeinden der Standortregion gegründet wurde. Der Vorstand des Trägervereins ist gleichzeitig das Leitungsteam der Regionalkonferenz. Geologische Tiefenlager brauchen an der Oberfläche Infrastruktur zum Bau und Betrieb des Lagers im Untergrund. Der wichtigste Bestandteil ist die Oberflächenanlage, welche als Pforte zum künftigen Tiefenlager dient. Bei der Platzierung der Oberflächenanlagen eines Tiefenlagers besteht Spielraum. Dementsprechend hat die Region die Möglichkeit, einen aus ihrer Sicht optimalen Standort für die Lage der Oberflächenanlagen vorzuschlagen. Am 20. Januar 2012 hat die NAGRA an einer Medienkonferenz des BFE 20 Vorschläge für Standortareale für die Platzierung der Oberflächenanlagen geologischer Tiefenlager vorgestellt. Sieben davon befinden sich im Aargau: Bözen, Hornussen, Kölliken, Mellikon, Suhr, Villigen und Würenlingen. In diesen Entscheid der NAGRA waren weder der Kanton noch die Gemeinden involviert. Die Vorschläge der NAGRA sollen den Standortregionen als Grundlage für die Diskussion innerhalb der Regionalkonferenzen dienen. Der Gemeinderat Suhr hat sich am 23. Januar 2012 in einem Schreiben an das BFE vehement gegen eine Oberflächenanlage in Suhr gewehrt. Eine solche würde die Attraktivität und damit die positive Entwicklung des Areals Wynenfeld gefährden. Zudem sei die Region durch KVA, ARA, Autobahn und Bahnlinie bereits stark belastet. Auch dürfe eine allfällige Beeinträchtigung der Grundwasserströme von Suhre, Wyna und Aare durch eine entsprechende Anlage nicht unbeachtet bleiben. Ebenfalls klar gegen eine Oberflächenanlage in Kölliken und Suhr geäußert haben sich die IBAarau AG sowie die Technischen Betriebe Suhr und der Grundwasserverband Suhrental. Einzelne Regionalkonferenzen haben beim BFE eine Anpassung der Marschtabelle für die Standortsuche der Oberflächenanlagen beantragt, bis verschiedene Grundsatzfragen zu den im bisherigen Auswahlverfahren angewendeten Kriterien und deren Gewichtung geklärt sind. Die grössten Bedenken wurden geäußert, weil die möglichen Standorte meistens im Gewässerschutzbereich A_u liegen. Auf Antrag des Ausschusses der Kantone werden nun die raumplanerischen Kriterien für Potenzialräume neu gewichtet. Das gemeinsame Verständnis für diese Kriterien wird zusammen mit den Standortregionen und verschiedenen Bundesstellen sowie der NAGRA erarbeitet und das weitere Vorgehen festgelegt.

Frage 1: Der Stadtrat hat sich bisher immer dafür stark gemacht, dass mit allen Mitteln verhindert werden muss, dass ein radioaktives Tiefenlager in unserer Region realisiert wird. Dies aus folgenden Gründen: Die hohe Bevölkerungsdichte und geologische Unsicherheiten sprechen klar gegen einen Standort als Tiefenlager; eine allfällige Nutzung von geothermischer Wärme wird durch ein Tiefenlager stark eingeschränkt, wenn nicht gar verunmöglicht; grundsätzlich sollte ein Standort weiterverfolgt werden, der für alle Kategorien von radioaktivem

Abfall geeignet ist. Dies ist beim Jura-Südfuss nicht gegeben. Was eine mögliche Oberflächenanlage in Suhr betrifft, unterstützt der Stadtrat die Suhrer Ablehnung. Da der Stadtrat ausserdem grundsätzlich der Meinung ist, dass zuerst die geologische Eignung des Untergrundes für einen Tiefenlager-Standort geklärt werden muss, bevor mit der Suche nach möglichen Standorten für Oberflächenanlagen begonnen wird, steht er auch hinter der Haltung der Regionalkonferenzen, die beim BFE eine vorläufige Anpassung der Marschtabelle für die Suche nach Standorten für Oberflächenanlagen gefordert haben.

Frage 2: Aus vorgenannten Gründen hat der Stadtrat im Rahmen der Anhörung und Mitwirkung zur Etappe 1 die Entlassung des Standorts Jura-Südfuss aus der Standortevaluation gefordert. Für den weiteren Verlauf der Standortsuche räumt der Stadtrat der regionalen Partizipation und insbesondere den Regionalkonferenzen eine hohe politische Bedeutung ein. Er hat deshalb mich als Delegierte in den Trägerverein "Plattform Jura-Südfuss" gewählt. Als Mitglied des Vorstands arbeite ich im Leitungsteam der Regionalkonferenz mit und habe Zugang zu den neusten Informationen aus den Fachgruppen, zu allen Daten der Webplattform sowie zum Ausbildungsangebot der NAGRA. Ausserdem profitiert die Stadt von einer ausgezeichneten Vernetzung; neben mir sind auch die Gemeindeammänner von Suhr, Gränichen und Oberentfelden Mitglieder des Vorstandes, der von Peter Hodel, Gemeindepräsident in Schönenwerd, präsidiert wird.

Frage 3: Der Kanton hat am 14. Februar 2012 ein Info-Bulletin an sämtliche Haushalte herausgegeben, in dem über die Standortentscheide des BFE informiert wurde. Am 16. Februar 2012 fand eine öffentliche Veranstaltung von BFE und NAGRA in Kölliken statt, am 29. Februar 2012 dieselbe Veranstaltung in der Bärenmatte Suhr. Interessierte Bürgerinnen und Bürger können sich über die Websites von BFE, NAGRA, Kanton und Plattform Jura-Südfuss über den aktuellen Stand der Standortevaluation informieren. Die Plattform Jura-Südfuss versteht sich als Anlaufstelle für Behörden, Einwohnerinnen und Einwohner der Region. Jeder mann kann sich an ihre Geschäftsstelle oder direkt an die Mitglieder der Regionalkonferenz und den Vorstand des Trägervereins wenden. In Kürze wird ausserdem auf der städtischen Homepage eine neue Rubrik "Geologisches Tiefenlager" mit direkten Links zum Informationsangebot der oben genannten Stellen aufgeschaltet.

Frage 4: Nein, der Stadtrat plant derzeit keine Bevölkerungsbefragung. Er erachtet die Berücksichtigung regionaler Interessen und Bedürfnisse im Auswahlverfahren als wichtig. Die Stadt beteiligt sich deshalb aktiv in Trägerverein und Regionalkonferenz Plattform Jura-Südfuss. Die Regionalkonferenz befasst sich derzeit intensiv mit den Vorschlägen der NAGRA und wird, Anfang 2013, die Stellungnahme zu den möglichen Oberflächenanlagen erarbeitet haben. Nur, wenn mit harten Fakten bewiesen werden kann, dass sich der Standort nicht eignet, besteht die Chance, dass er aus der Standortevaluation entlassen wird. Der Stadtrat ist deshalb der Meinung, dass zum jetzigen Zeitpunkt Vertrauen in die aufgebauten regionalen Strukturen wirksamer ist, als eine behördlich aufgebaute Befragung der Aarauer Einwohnerinnen und Einwohner.

Zum Schluss noch ein Bezug zur Aktualität: Die Leitungsgruppe, in welcher ich wie gesagt als Delegierte des Stadtrates mitwirke, wird an ihrer Sitzung vom 23. Oktober 2012 die Situation mit der NAGRA und dem BFE analysieren und das weitere diesbezügliche Vorgehen beraten und beschliessen.

Die **Anfragestellerin** ist von dieser Antwort befriedigt.

62. Anfrage Micha Siegrist, Lelia Hunziker und Petra Ohnsorg: Abbruch auf Vorrat im Torfeld Süd?

Am 23. August 2012 haben die Einwohnerräte **Micha Siegrist, Lelia Hunziker und Petra Ohnsorg** eine schriftlich begründete Anfrage mit folgender Fragestellung eingereicht:

1. *Ist der Stadtrat auch der Meinung, dass die Zwischennutzungen so lange wie möglich erhalten bleiben sollen, d. h., dass ein Abbruch erst zum spätmöglichsten Zeitpunkt erfolgen darf?*
2. *Aufgrund des noch nicht weit fortgeschrittenen Planungsstandes ist zu befürchten, dass ein Abbruch auf Vorrat erfolgen soll, was eine u. U. mehrjährige Baubrache zur Folge hätte. Ist der Stadtrat auch der Meinung, dass ein solches Szenario vermieden werden sollte?*
3. *Ist der Stadtrat bereit, die Abbruchgesuche erst zu bewilligen, wenn bewilligungsfähige Baugesuche vorliegen?*

Beat Blattner, Stadtrat: Der Stadtrat hat die Zwischennutzungen von einigermaßen instand gehaltenen Gebäuden stets unterstützt. Er ist auch der Meinung, dass Gebäude, welche zwischengenutzt werden, möglichst spät abgerissen werden sollten. Im Interesse einer längstmöglichen Erhaltung der Zwischennutzungen hat das Stadtbauamt deshalb die Gesuchstellerin Mobimo AG im Hinblick auf das weitere Vorgehen kontaktiert. Mobimo ist bereit, vier von sieben Baugesuche im Moment zu sistieren, nämlich solche, welche momentane Zwischennutzungen betreffen. Bei einzelnen Liegenschaften ist eine Zwischennutzung aus Sicherheitsgründen gar nicht mehr möglich. Sie verstehen sicher, dass diese Liegenschaften aus Sicherheitsgründen abgerissen werden. Zudem gibt es verseuchte Geländegebiete, bei welchen mit relativ umfassenden Untersuchungen gerechnet werden muss. Es wird seine Zeit dauern, bis das Material dort entsorgt werden kann. Auch das ist sicher verständlich. Man kann also davon ausgehen, dass bei bestehenden Zwischennutzungen gewartet wird, bis die Baugesuche eingereicht werden. Vielleicht sind die Anfragerinnen und der Anfrager aber hier von einer anderen Wahrnehmung ausgegangen. Der Stadtrat ist davon ausgegangen – und das schreibt uns Mobimo auch – dass die Baugesuche noch dieses Jahr oder zu Beginn des nächsten Jahres eingereicht werden. Es ist davon auszugehen, dass die Gesuche mindestens so schnell wie beim Fussballstadion behandelt und die Baubewilligungen erteilt werden, oder wahrscheinlich sogar noch schneller. Mobimo geht zumindest davon aus, dass im nächsten Sommer Baubewilligungen vorliegen. Es braucht eine gewisse Kündigungsfrist für die betroffenen Personen, das verstehen Sie sicher auch, denn Sie kennen ja die Fristen. Es ist auch im Interesse des Stadtrates, dass von Mobimo also vier von sieben Abbruchgesuche bis zur Einreichung der entsprechenden Neubaugesuche sistiert werden.

Die **Anfragesteller** sind von dieser Antwort befriedigt.

63. Anfrage Mario Serratore: Erkenntnisse und Stand der Umsetzung aus der Verwaltungsanalyse Werkhof

Am 14. September 2012 hat Einwohnerrat **Mario Serratore** eine schriftlich begründete Anfrage mit folgender Fragestellung eingereicht:

1. *Welches sind aus Sicht der Berichtverfasser die wichtigsten Erkenntnisse, die aus der Analyse hervorgegangen sind?*
2. *Welches sind die wichtigsten Massnahmen zur Optimierung des Werkhofes, die aus dem Bericht hervorgehen?*
3. *Welche Massnahmen sind bisher schon umgesetzt worden?*
4. *Welche Massnahmen sind noch nicht umgesetzt worden und warum nicht?*
5. *Welche Erkenntnisse aus dem Bericht können allenfalls auch auf andere Abteilungen übertragen bzw. angewendet werden?*
6. *Wann wird der Bericht dem Einwohnerrat zur Einsicht zur Verfügung gestellt?*

Regina Jäggi, Stadträtin: Der Stadtrat hat anlässlich der "Stabilo- Information" vom 21. Mai 2012 in Aussicht gestellt, dass der Einwohnerrat bald über die Werkhofanalyse informiert werden sollte. Diese Anfrage ist vermutlich entstanden, weil es unterdessen bereits schon wieder Oktober geworden ist. Der Stadtrat hat die Werkhofanalyse am 4. Juni zum ersten Mal beraten. Dort stellten sich einige Fragen, welche vertiefte Zusatzabklärungen nach sich zogen. Deshalb liegt der definitive Bericht mit all diesen zusätzlichen Unterlagen erst seit dem 4. September vor. Der Stadtrat hat nach Abgabe der Vorlage die Behandlung auf den 22. Oktober 2012 traktandiert. Das heisst also, dass ich Ihnen heute noch keine Antworten auf Ihre Fragen geben kann. Ich wollte Sie aber dennoch informieren, wie der Stand der Dinge ist. Zudem wird es so sein, dass Sie alle diese Unterlagen erhalten und den Bericht zur Kenntnis nehmen können. Es wird alles dem gesamten Einwohnerrat vorliegen bzw. in der Aktenauflage ersichtlich sein, damit Sie sich Gedanken machen und allenfalls noch Fragen dazu stellen können.

Marc Dübendorfer, Präsident: Ich schlage dem Anfrager vor, dass die Anfrage pending gehalten wird und eine allfällige Beantwortung nach Bericht und Antrag erfolgt.

Der **Anfrager** ist mit diesem Vorgehen einverstanden.

64. Anfrage Gabriela Suter: Holzschlag und Wiederaufforstung auf städtischem Gebiet

Am 16. September 2012 hat Einwohnerrätin **Gabriela Suter** eine schriftlich begründete Anfrage mit folgender Fragestellung eingereicht:

1. *Wurden diese Kahlschläge mit der Umweltfachstelle der Stadt Aarau abgesprochen? Wenn nein: Warum nicht?*
2. *Was waren die Gründe für die beiden Kahlschläge?*
3. *Ist eine Wiederaufforstung geplant? Wenn ja: wann? Wenn nein: warum nicht?*
4. *Im Bereich nördlich des Zeughauses nisten geschützte, seltene Saatkrähen (ca. 35 Nester). Ist auch in diesem Bereich vorgesehen, Bäume zu fällen? Wenn ja: Welche Schutzmassnahmen sind für die Saatkrähenkolonie geplant?*
5. *Besteht von Seiten der Axpo eine Informationspflicht, wenn eine Baumfällaktion auf Axpo-Gebiet geplant ist? Wenn nein: Ist der Stadtrat auch der Meinung, dies müsste geändert werden?*
6. *Was waren die Gründe für die Baumfällungen?*
7. *Wird bei der Planung von Baumfällungen auch das eventuelle Vorhandensein von geschützten oder wertvollen Tierarten, die auf die betreffenden Bäume angewiesen sind, miteinbezogen?*
8. *Sind die dazu notwendigen Daten im Baumkataster der Stadt festgehalten? Wenn nein: Ist eine Aufnahme solcher "Biotopbäume" ins Baumkataster geplant?*
9. *Ist heute gewährleistet, dass geschützte Arten in den betreffenden Bäumen geschont werden und bei Bedarf Ersatzmassnahmen getroffen werden? Sind die dazu notwendigen Daten im Baumkataster der Stadt festgehalten? Wenn nein: Ist eine Aufnahme solcher "Biotopbäume" ins Baumkataster geplant?*
10. *Wie werden die Aarauer Naturschutzvereine über geplante Fällungen informiert? Besteht ein aktiver Austausch von Daten zwischen Stadt und diesen Vereinen (z. B. BirdLife)? Falls nein: Kann sich der Stadtrat vorstellen, die Aarauer Naturschutzvereine zukünftig direkt zu informieren und eine engere Zusammenarbeit anzustreben?*
11. *Besteht eine verbindliche Grundlage, dass in Aarau auf öffentlichem Grund nur einheimische, standortgerechte Pflanzen angepflanzt werden dürfen? Wenn nein: Strebt der Stadtrat eine solche verbindliche Grundlage an, z. B. in der revidierten BNO oder in einem Leitbild?*

Jolanda Urech, Stadträtin: Ich werde die Fragen zur Beantwortung etwas zusammenfassen:

Fragen 1-3: Mit dem Investitionsbudget 2007 hatte der Einwohnerrat einem Beitrag der Einwohnergemeinde in der Höhe von 150'000 Franken zur Erneuerung der Balänen zugestimmt. Dem Voranschlag lässt sich entnehmen, dass vom Tellirain bis zum Telliring (Zick-Zack Weg) die Bäume ausgeholzt werden sollen, dass die Ortsbürgergutsverwaltung am oberen Balänenweg die Linden ausholzen wird und dass die Massnahmen auf das Erneuerungskonzept und das gartendenkmalpflegerische Gutachten zurückgehen, das im Zusammenhang mit der Erneuerung des Tellirings und der Promenaden erarbeitet worden ist, sowie auf das Umweltschutzprogramm 2007-2010ff. Das Umweltschutzprogramm wurde von der Umweltfachstelle des Stadtbauamts erarbeitet und die Umsetzung der Massnahmen am Balänenweg von ihr und dem Forstamt sachkundig begleitet. Es kann denn auch in keiner Weise von einem Kahlschlag gesprochen werden, haben doch auch Neupflanzungen stattgefunden. Weil die Baläne per Definition eine Aussichtspromenade ist und diese überdies in Aarau kulturhistorische Bedeutung hat, wäre eine Wiederaufforstung des Abhangs gemäss gartendenkmalpflegerischem Gutachten falsch gewesen. Die weitgehende Entfernung des Bestandes zur Gewährleistung der Sicht mag aus heutiger Sicht etwas radikal erscheinen. Zukünftig ist vorgesehen, dass zur Sichtfreihaltung der obere Teil regelmässig zurückgeschnitten wird. Dies ist nötig, um die neu gepflanzte Lindenallee schön zur Geltung zu bringen. Der Laubholzbestand in den unteren 2/3 des Abhanges wurde durch einheimische, langsam wachsende Eiben ergänzt und soll nur alle 5-10 Jahre zurückgeschnitten werden.

Frage 4: Der Bereich nördlich des Zeughauses ist, wie ein Blick auf den Zonenplan der Stadt zeigt, im Gegensatz zum westlichen Bereich als Wald ausgeschieden. Hier ist das Forstamt zuständig, mit dem die Umweltfachstelle des Stadtbauamts eng zusammenarbeitet. Das Forstamt sieht vor, 2013 Auslichtungen (Sichtfenster bei Sitzbänken) und Durchforstungen (Einzelbaumentnahmen) durchzuführen. Diese Massnahmen sind vom kantonalen Kreisforstamt genehmigt worden. Es wird ein Teilersatz durch Eiben vorgesehen und es werden nur junge Bäume ohne Saatkrähennester gefällt. Diese Vogelart sitzt und nistet auf Linden.

Fragen 5 und 6: Die Axpo hat in ihrem Bauprojekt, das nach einer Anhörung der Gemeinden öffentlich aufgelegt ist, und im zugehörigen Umweltverträglichkeitsbericht ausführlich dargestellt, welche Massnahmen im Zusammenhang mit der Kraftwerkserneuerung getroffen werden und aus welchen Gründen. Der Regierungsrat hat denn auch mit der Konzessionserteilung und der Projektgenehmigung Wert auf den Auenschutz und den Schutz von Bäumen gelegt. So wurde die Axpo unter anderem verpflichtet, die Bäume am linken Ufer soweit wie möglich zu schützen. Falls einige gefällt werden müssen, sind diese mit relativ grossen Ersatzbäumen zu ersetzen. Bäume, welche mehr als 3,50 m von der Dichtwand entfernt sind, dürfen nicht gefällt werden. Die Baumfällungen sind damit begründet und es ist nicht ersichtlich, inwiefern die Axpo die Informationspflicht nicht genügend wahrgenommen hätte. Am Philosophenweg wiesen die alten, gefällten Bäume gehäuft potentielle Bruchstellen auf und stellten ein Sicherheitsrisiko für die Bevölkerung dar.

Frage 7: Der Lebensraum von geschützten oder wertvollen Tierarten wird stets in die Massnahmenplanung und Umsetzung einbezogen. Dies war beispielsweise bei der Erneuerung der Bestockung des Tellirings mit Bezug auf die Fledermäuse der Fall. Die Fällungen und begleitenden Ersatzmassnahmen erfolgen unter fachkundiger Begleitung.

Frage 8: Daten zu geschützten oder wertvollen Tierarten sind nicht im Baumkataster enthalten. Das Baumkataster beurteilt die Bäume in erster Linie im Hinblick auf ein potentielles Sicherheitsrisiko und macht Aussagen zum Gesundheitszustand jedes einzelnen Baumes. Eine Ergänzung des Baumkatasters um weitere Aspekte, darunter den genannten, wird aktuell diskutiert.

Frage 9: Schon lange, und nicht erst heute, ist gewährleistet, dass geschützte Arten in den betreffenden Bäumen geschont werden und dass bei Bedarf Ersatzmassnahmen getroffen werden.

Frage 10: Zwischen der Stadt und den Aarauer Naturschutzvereinen besteht schon seit Jahren ein periodischer Austausch. Dabei finden Anstösse aus den Naturschutzvereinen häufig Eingang in die städtischen Projekte. Bei Standorten mit bekannten Vorkommen geschützter oder wertvoller Arten werden die Naturschutzvereine bei Eingriffen im Vorfeld beigezogen, dies auch im Falle von Baumfällungen. Mit der Neuorganisation der Umweltfachstelle per 1.1.2012 wurde die Zusammenarbeit weiter intensiviert.

Frage 11: Das 2009 veröffentlichte Freiraumkonzept vom 18. Mai 2009 ist die Grundlage und das Arbeitsinstrument für die Pflege und Entwicklung der öffentlichen Grün- und Freiräume. Eine generelle Vorschrift wäre indessen falsch, weil auch Bäume wie die Roteiche, die Douglasie oder Mammutbaum standortgerecht und integriert, aber ursprünglich nicht einheimisch sind. Im Rahmen der BNO wird jedoch diskutiert werden können, ob eine Empfehlung für eine verstärkte Förderung von standortgerechten Pflanzen im öffentlichen Raum Eingang finden soll.

Die **Anfragerin** ist von dieser Antwort befriedigt.

65. Anfrage Franziska Graf: Nicht-Beflaggung der Stadt während der Feierlichkeiten zum 150 Jahr Jubiläum des Schweizer Blasmusikverbandes in Aarau

Am 16. September 2012 hat Einwohnerrätin **Franziska Graf** eine schriftlich begründete Anfrage mit folgender Fragestellung eingereicht:

1. *Wie steht der Stadtrat zu dieser konkreten Situation, dass Aarau trotz hochrangigen Besucherinnen und Besuchern und gesamtschweizerischem Fest nicht beflaggt wurde?*
2. *Gibt es in der Stadt eine Regelung für die Beflaggung und, wenn ja, wie lautet sie?*
3. *Braucht es zwingend eine Anfrage eines Organisations, damit die Stadt beflaggt wird?*
 - 3.1. *Wenn nein, wieso wurde die Stadt nicht beflaggt?*
 - 3.2. *Wenn ja, lag eine solche Anfrage für den obigen Anlass vor?*
 - 3.2.1. *Wenn ja, wieso wurde die Anfrage abgelehnt?*
 - 3.2.2. *Wenn nein, wie steht der Stadtrat zur Idee, in solchen Fällen selber aktiv zu werden und auf das OK zuzugehen?*

Marcel Guignard, Stadtmann: Es ist richtig, am 1. September 2012 haben die Feierlichkeiten zum 150 Jahr Jubiläum des Schweizer Blasmusikverbandes in Aarau stattgefunden. Es fanden drei wesentliche Festakte statt, nämlich eine Feier in der katholischen Kirche und ein Umzug bei strömendem Regen durch die Laurenzentor-, Kronen- und Rathausgasse direkt in die Schachenhalle mit sehr wenigen Zuschauern. Bei schönem Wetter wäre eigentlich als zentrales Element ein Festakt im Sportstadion geplant gewesen. Das konnte aber alles nicht stattfinden, weil es so stark geregnet hatte. Die Ansprache von Herrn Bundesrat Alain Berset fand deshalb ebenfalls in der Schachenhalle statt. In Leserbriefen wurde ja darauf hingewiesen, dass die Stadt leider nicht beflaggt gewesen sei. Das hat jetzt auch zu den Ihnen vorliegenden Fragestellungen geführt. Ich möchte direkt auf diese eingehen:

Frage 1: Dem Stadtrat war bewusst, dass die Stadt anlässlich des Jubiläums des Schweizer Blasmusikverbandes nicht beflaggt sein wird, weil er selber dies dem OK bereits am 2. April 2012 mitgeteilt hat.

Frage 2: In der Stadt Aarau werden die Strassen am Maienzug und am Nationalfeiertag beflaggt. Alle übrigen Beflaggungen erfolgen auf Antrag eines Veranstalters, sofern dieser die Kosten dafür übernimmt. Das kann ein Verhandlungsgegenstand sein bei einem allfälligen städtischen Beitrag.

Frage 3: Ja, in der Regel erfolgt keine automatische Beflaggung der Stadt bei Veranstaltungen von Dritten, ohne dass ein entsprechendes Gesuch vorliegt und die Kostentragung geregelt ist.

Frage 3.2: Eine Anfrage für die Beflaggung der Stadt seitens des OK's 150 Jahr Schweizer Blasmusikverband lag nicht vor. Das OK wurde sogar ausdrücklich mit der Erteilung der Bewilligung für den Anlass am 2. April 2012 darauf aufmerksam gemacht, dass keine Beflaggung der Stadt erfolgen wird, weil diese nicht beantragt wurde. Das OK hat auf diesen Hinweis nie reagiert.

Frage 3.2.2: Das OK wurde kontaktiert. Weshalb das OK nicht reagiert hat, ist dem Stadtrat nicht bekannt, hat aber möglicherweise etwas mit den Feststandorten zu tun, welche sie hatten. Vielleicht wollten sie auch etwas auf die Kosten schauen. Die in eine Gesuchsbearbeitung involvierten Stellen der Stadtverwaltung und der Stadtrat werden auch in Zukunft die in Frage kommenden Veranstalter darauf hinweisen, dass eine Beflaggung einerseits ausdrücklich verlangt und andererseits selber bezahlt werden muss.

Die **Anfragerin** ist von dieser Antwort befriedigt.

66. Voranschlag 2013 der Einwohnergemeinde Aarau

Mit Botschaft vom 3. September 2012 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft folgende

- Anträge:**
- 1. Der Voranschlag 2013 der Einwohnergemeinde Aarau sei mit den Globalaufträgen der Produktegruppe sowie mit einem Steuerfuss von 94 % zu genehmigen.*
 - 2. Es sei die Produktegruppe 60 in "Stadtentwicklung/stadteigene Bauten/Umwelt" umzubenennen unter gleichzeitiger, entsprechender Änderung des Anhangs zum WOSA-Reglement.*

Marc Dübendorfer, Präsident: Die Beratung dieses Geschäftes läuft gleich ab wie in den Vorjahren, weshalb ich darauf verzichtet habe, zum Voraus ein Programm zu verschicken. Wir werden mit den Kommissionsreferaten beginnen. Anschliessend kommen wir zu den allgemeinen Voten zum Voranschlag. Hier haben die Fraktionen und Einzelredner/-innen das Wort. Danach gibt der Stadtrat seine Stellungnahme zu diesem allgemeinen Teil ab. Nachher kommen wir zur Detailberatung. Dabei werden wir Seite für Seite des Voranschlages behandeln. Selbstverständlich steht dem Stadtrat noch ein Schlussvotum zu. Es liegen bereits verschiedene Anträge vor. Die FGPK möchte den Steuerfuss auf 98 % erhöhen. Das werden wir ganz zuletzt vor der Schlussabstimmung ausmarchen. Auch zu den einzelnen Produktegruppen liegen einzelne Anträge vor. Über diese werden wir immer gleich in der Detaildebatte abstimmen. Die bereits schriftlich eingereichten Anträge werde ich jeweils erheben. Wer einen zusätzlichen Antrag stellen möchte, muss sich während der Detaildebatte bei der entsprechenden Produktegruppe melden. Folgende Anträge liegen bereits vor: zur PG 20, Kultur, von der Fraktion Grüne/JETZT!; zur PG 23, Stadtbibliothek, von der Fraktion Grüne/JETZT!; zwei Anträge zur PG 30, Betrieb Volksschule, von den Fraktionen Grüne/JETZT! und SP; zur PG 31, Musikschule, von der Fraktion EVP/EW; zur PG 41, Freiwillige Sozialarbeit und Projekte, von der SP; 3 Anträge zur PG 42, Jugend, von den Fraktionen Grüne/JETZT! und SP. Diese Anträge schliessen sich gegenseitig nicht aus. Wir werden deshalb über jeden Abänderungsantrag einzeln abstimmen können. Wenn ein Abänderungsantrag die Mehrheit nicht erreicht, ist er gescheitert. Wenn er die Mehrheit erreicht, wird er so in die Schlussabstimmung aufgenommen. Das Budget soll dann mit diesen entsprechenden Änderungen genehmigt werden. Die Steuerfussabstimmung kommt, wie gesagt, ganz zuletzt vor der Schlussabstimmung. Dabei werden wir den stadträtlichen Antrag mit 94 % dem Antrag der FGPK mit 98 % gegenüberstellen. Der obsiegende Beschluss kommt dann in die Schlussabstimmung über den Voranschlag 2013.

Werner Schib, Präsident FGPK: Als Auskunftspersonen sind der FGPK für die Beratung des Budgets 2013 der Stadtammann, Herr Guignard, die Leiterin Finanzen und Liegenschaften, Frau Schweizer und Herr Mundwiler, Controller, zur Verfügung gestanden. Das Budget 2013 steht einmal mehr im Zeichen von hohen Investitionen (gut 33 Mio. Franken) und einer tiefen Selbstfinanzierung (gut 8 Mio. Franken). Bei diesen Vorzeichen liegt der Vermö-

gensabbau auf der Hand: Das Vermögen der Stadt soll um weitere rund 25 Mio. Franken abgebaut werden. Die Auskunftspersonen haben uns auch dargelegt, dass die Kürzungen beim Sachaufwand von 5 %, welche mit dem Budget 2012 beschlossen worden sind, auch im Budget 2013 enthalten sind. Auch die mit Stabilo 1 beschlossenen Massnahmen sind im Budget enthalten. Leider kommen aber auch im nächsten Jahr wieder deutlich höhere, gesetzliche Beiträge auf die Stadt zu, sodass Sparbemühungen teilweise von kantonalen Vorgaben quasi weggefressen werden. Der Nettoaufwand ist deshalb, trotz Sparbemühungen, rund 1,8 Mio. Franken höher als im Vorjahr. Der Stadtrat beantragt einen Steuerfuss von 94 %. Der Steuerfuss hat in der FGPK dann gleich zuerst schon für Diskussionen und einen Antrag gesorgt. Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat mit 6:5 Stimmen einen Steuerfuss von 98 %. Die Mehrheit begründet die Steuerfusserhöhung hauptsächlich damit, dass mit einem Steuerfuss von 94 % das bestehende finanzielle Problem der Stadt nicht gelöst werden könne. Ein Beibehalten des Steuerfusses von 94 % hätte einen massiven Leistungsabbau zur Folge. Die Sparbemühungen seien nur deshalb mitgemacht worden, weil ein vernünftiges Gesamtpaket eben auch eine massvolle Steuererhöhung beinhalten müsse. Eine Minderheit teilt die Auffassung des Stadtrates: Eine Steuerfusserhöhung käme heute zu früh, nachdem verschiedene eingeleitete Massnahmen gar noch nicht greifen könnten, ein Stichwort dazu ist Stabilo 2. Es sei zudem so, dass eine Steuererhöhung die Unterfinanzierung der Stadt nicht lösen würde. Pro- und Contraseite haben noch viele Argumente in die Waagschale geworfen. Wir werden diese sicher noch hören heute Abend, weshalb ich darauf verzichte, diese jetzt schon vorzutragen. Aus der Beratung zu den Produktegruppen zwei Hinweise: Beim Kapitaldienst ist vorgesehen, dass die langfristigen Schulden per Ende 2013 gegenüber Ende 2012 nochmals um 2 Mio. Franken von 45 Mio. auf 47 Mio. Franken erhöht werden sollen. Bei jeder zusätzlichen Kreditaufnahme stellt sich für den Stadtrat die Frage, wie er mit der Planungserklärung des Einwohnerrates umgehen will. Der Einwohnerrat hat ja eine Planungserklärung abgegeben, dass keine neuen Kredite aufgenommen werden dürfen, solange der Anlagefonds noch besteht. Im Moment ist die Rendite vom Anlagefonds allerdings höher als die Zinskosten für Darlehen. Bei der Beratung der Investitionsrechnung ist von der Kommission noch die Frage aufgeworfen worden, ob die Stadt ihren Beitragsanteil am Stadion im Torfeld Süd von 17 Mio. Franken auch reduziert, weil das Projekt ja redimensioniert wird. Die Auskunftspersonen haben festgehalten, dass der Betrag von 17 Mio. Franken für den Miteigentumsanteil am Stadion bezahlt wird. Das Fussballstadion wird nicht reduziert, deshalb wird auch der städtische Beitrag unverändert beibehalten. Es werden nur Mantelnutzungen reduziert. Daran zahlt die Stadt aber gar keine Beiträge. In dem Sinne empfiehlt Ihnen die FGPK, das Budget 2013 mit einem Steuerfuss von 98 % anzunehmen.

Therese Dietiker, Präsidentin der Sachkommission: Die Sachkommission hat das Budget für 2013 nicht einstimmig, sondern mit 8:2 Stimmen für ihre Produktegruppen genehmigt. Grund für die Nein-Stimmen waren die Anträge, die nochmals einige Sparmassnahmen von Stabilo 1 aufnahmen. Der Stabiloprozess definierte sich damit nochmals als vorgezogene Budgetdebatte, auf welche die Sachkommission keinen Einfluss hatte. Auskunftspersonen waren der Stadtmann Marcel Guignard, die Leiterin der Abteilung Finanzen und Liegenschaften, Frau Madeleine Schweizer und Herr Matthias Mundwiler als Controller. Für das Budget der Schule Aarau stellten sich der Schulpflegepräsident Daniel Fondado sowie Ruedi Birchler den Fragen der Kommissionsmitglieder. Einige Details aus der Beratung: Zur PG 23, Stadtbibliothek: Es gab eine Diskussion über die massiven Kundenschwankungen und allfällige Anpassungen der Öffnungszeiten, wobei diese kaum gratis zu haben sind. Zur PG 30, Volksschule: Die Wirkungs- und Leistungsziele sowie deren Indikatoren wurden bemängelt. Es handelt sich um Zielsetzungen, die bereits letztes Jahr "passé" waren oder nicht umsetzbar

sind, weil die genannte Gesamtschulleitung fehlt. Dies ist nicht akzeptabel und die Sachkommission verlangt angepasste Wirkungs- und Leistungsziele. Sicherlich wäre die Gesamtschulleitung für diese Zielvorgaben zuständig. Dieses Amt wurde jedoch unter den Schulhausleitern aufgeteilt. Gesamtaufgaben, für die sich niemand mehr zuständig erklärt, wird wohl die Schulpflege übernehmen müssen. In der Kommission wurde zudem der Antrag gestellt, die in Stabulo 1 eingesparten Beträge für das Teamteaching in den untersten Primarschulklassen wieder ins Budget aufzunehmen. Dieser wurde jedoch mit 6:4 Stimmen abgelehnt. Zur PG 31, Musikschule: Weshalb die Kadettenmusik innerhalb von zwei Jahren 2/3 ihrer Mitglieder verliert, konnten die Schulpfleger nicht beantworten. Im Sachkommissionsprotokoll wurde dieser Rückgang mit dem Zeitgeist begründet: Es sei immer schwieriger, Jugendliche für das regelmässige Musikspielen zu gewinnen, weil sie sich die Freizeit für vieles andere auch noch freihalten möchten. Auch im Bereich der Musikschule kam man auf die Stabulo-Vorlage zurück. Der Antrag, die Elternbeiträge für die Musikschule nicht zu erhöhen, und deshalb die 25'000 Franken wieder ins Budget einzustellen, wurde ebenfalls mit 6:4 Stimmen abgelehnt. Zur PG 40, Gesetzliche Sozialarbeit: Das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht verändert den Leistungsumfang und spart Personalkosten bei den früheren Vormundschaftsbehörden. Darum verändern sich auch die entsprechenden Zahlen. Die im Budget erwähnten laufenden Fälle nehmen ab, weil nur noch die Mandate, die durch den Sozialdienst wirklich geführt werden, gezählt werden. Die privaten Mandate entfallen. In Aarau wird neu auch mit Sozialinspektoren gearbeitet, die gezielt aufgeboten werden, wenn Betrug vermutet wird. Zur PG 42, Jugend: Auch hier wurde nochmals Stabulo 1 zum Thema. Den Jugendkredit für die Regionalisierung der Jugendarbeit nochmals zu streichen (ursprünglich 30'000 Franken, dann 15'000 Franken und nun neu knapp 10'000 Franken) machen es schwierig, diesen Auftrag umzusetzen. Der Antrag, den Jugendkredit beizubehalten wie im Jahre 2012 und die 5000 Franken wieder ins Budget einzustellen, wurde mit 6:4 abgelehnt. Ebenso wollte man nochmals auf die Wenk-ü-16-Jugendarbeit zurückkommen und den betreffenden Kredit von 28'000 Franken nicht verloren wissen, da diese Jugendarbeit eine andere Kultur beinhaltet als die Angebote im Flösserplatz. Dieser Antrag wurde mit 7:3 Stimmen verworfen. Zur PG 71, Schwimmbad: Es wurde aufgrund des Leistungsziels "Kundenzufriedenheit" über nützlichere Erhebungen betr. Kundenzufriedenheit diskutiert. Diese werden im Moment mit "Beanstandungen" gemessen. Der Indikator ist sehr unklar, es gibt sicherlich mehr Leute, die sich beim Stadtrat, beim Bademeister oder wo auch immer beklagen, als 2 im Jahre 2011 und wohl auch mehr als die veranschlagten 10 im nächsten Jahr. Um die Dienstleistungen nicht nur in der Badi zu verbessern, müssten die Beanstandungen besser "kanalisiert" werden, wie immer das aussehen mag. In der Schlussdiskussion waren viele mit dem vorliegenden Budget zufrieden: Stabulo sei im Budget konsequent umgesetzt, die Weichen für die Zukunft gut gestellt. Einige freuten sich über den unveränderten Steuerfuss, wobei das ja kein Thema für die Sachkommission war. Wie sich das Budget mit dem neuen Rechnungsmodell entwickeln wird, bleibt noch offen. Kritische Bemerkungen gab es auch: Die Beiträge an die Kultur seien wiederum höher als die Beiträge an den Sport. Einige Leistungsziele und Indikatoren seien verbesserungswürdig. Andere Kommissionsmitglieder bekundeten Mühe mit dem vorliegenden Budget: Es dürfe nicht auf dem Buckel derjenigen gespart werden, die sowieso benachteiligt seien. Damit ist auch klar, dass die Schlussabstimmung für den Teil des Budgets der Sachkommission nicht einstimmig ausfiel, sondern mit 8:2 Stimmen bejaht wurde.

Oliver Bachmann: Die SP-Fraktion hat den Voranschlag der Stadt Aarau studiert. Dabei stellen sich uns einige Fragen, Antworten vom Stadtrat wären dazu erwünscht. So fragen wir uns z. B. Folgendes: Der Stadtrat stellt eindeutig fest, dass der momentane Steuerfuss ungenügend ist. Trotzdem stellt er den Antrag, diesen unverändert zu lassen. Was, um Gottes Wil-

len, soll das? Oder: Während bei den meisten Budgetpositionen die Kürzungen des letzten Budgets beibehalten wurden, erhöhte man die Beiträge an die meisten Sportvereine wieder. Weshalb diese Ungleichbehandlung? Der Leistungsumfang bei der Musikschule soll steigen. Dies, obwohl der Elternbeitrag erhöht wurde. Wie soll dies genau funktionieren? Wieso steigen die Prognosen für die sonst schon hohen krankheits- und unfallbedingten Ausfalltage nochmals an? Schliesslich: Was sollen wir mit den Wirkungs- und Leistungszielen in der PG 30, Betrieb Volksschule, anfangen? Hier erwarten wir eine generelle Überarbeitung. Wir sind der Meinung, dass sich hier der Stadtrat nicht hinter der Schulpflege verstecken kann, weil der Stadtrat den Voranschlag herausgibt und für den Inhalt verantwortlich ist. Nach den Detailfragen nun zur Gesamtwürdigung: Die rechte Ratshälfte spricht seit Jahren über Effizienzsteigerungen und Verbesserungen in der Verwaltung, um unser Budget ins Lot zu bringen. Tatsache ist aber, dass im letzten Jahr vor allem Leistungsabbau betrieben wurde und dies bei einem gleichzeitig unanständig tiefen Steuerfuss. Ganz nach dem Motto "Geiz ist geil" verkauft sich Aarau je länger je mehr als Billiganbieter, sprich: Für weniger Geld gibt's weniger Leistung. "Geiz ist geil" – das mag sein. Qualität hat aber eben auch ihren Preis. Die SP will den Bürgerlichen auf dem Weg von der Qualitätsstadt zur Billigstadt nicht folgen. Die SP steht zu unseren Schulen, zu unserer Jugend, zur Kultur in unserer Stadt. Wir werden heute Anträge stellen und unterstützen, die dafür sorgen, dass die Qualität des Wohn- und Wirtschaftsstandorts Aarau erhalten bleibt. Wir werden unsere Anträge nicht überall stellen, wo in letzter Zeit gekürzt wurde. Wir werden sie ausgewählt dort stellen, wo ohne Eingreifen des Einwohnerrats heute Abend der grösste Schaden für die Stadt Aarau und unsere Bevölkerung zu erwarten ist. Wir sind im Gegenzug auch bereit, Anpassungen des Steuerfusses hinzunehmen. Die SP-Fraktion steht weiterhin zu ihrem Motto "Für alle, statt für wenige" oder eben "Für Aarau, statt für wenige." Sollte der Einwohnerrat heute beschliessen, den Weg zur Billigstadt Aarau fortzusetzen, wird die SP den Voranschlag 2013 ablehnen.

Markus Hutmacher: Es ist wieder einmal Oktober, die Herbstferien sind vorbei und wir diskutieren über das Budget. Vieles, was vor einem Jahr gesagt wurde, kann heute mit der gleichen Gültigkeit wiederholt werden. Politik, und speziell die Budgetpolitik, führt uns vor Augen, wie schwerfällig und träge eine Stadt wie Aarau gelenkt und geführt werden kann. Der Budgetprozess wirkt sowohl lang-, wie auch kurzfristig. Entscheidungen, die wir heute treffen, werden Auswirkungen auf die Lebensqualität der Generation unserer Kinder haben. So beschliessen wir heute z. B. über Planungskredite für die Sanierung unserer Altersheime und lösen somit schlussendlich Investitionen aus, welche in zehn bis fünfzehn Jahren finanziert werden müssen. In diesem Sinne stehen wir auch in der Verantwortung. Grundsätzlich kann man heute festhalten: Aarau geht es gut, es ist eine attraktive Stadt, die ihren Bewohnern eine hohe Lebensqualität bietet. Dank der IBA-Verselbständigung ist die Stadt im Besitz eines beträchtlichen Vermögens, welches uns erlaubt, ab und zu auch nicht zwingend notwendige Investitionen zu tätigen. Es muss unser Ziel sein, dieses Vermögen möglichst lange zu erhalten, damit auch für nachfolgende Generationen ein finanzieller Spielraum möglich ist. Das heute vorliegende Budget ist das Ergebnis des letztjährigen Budgets und des sogenannten Stabilo 1-Prozesses. Das Budget 2012 war geprägt von linearen und undifferenzierten Kürzungen bei allen gesetzlich nicht vorgeschriebenen Ausgaben. Obwohl wir mit diesen Kürzungen nicht immer einverstanden waren, haben wir am Stabilo-Prozess mitgearbeitet, damit ein ausgewogenes Budget resultieren kann. Für uns war immer klar, dass wir einem Leistungsabbau, wie in Stabilo 1 vorgesehen, nur zustimmen werden, wenn im Gegenzug auch die 2008 erfolgte Steuersenkung wieder rückgängig gemacht wird. Zur Laufenden Rechnung gilt es festzuhalten, dass auch für dieses Jahr die gesetzlichen Beiträge wieder massiv um ca. 2,8 Mio. Franken zunehmen und damit die Sparmassnahmen des Budgets 2012 weitgehend auf-

gehoben werden. Weiter hat der Einwohnerrat in diesem Jahr selber zusätzliche Ausgaben für die Wirtschaftsfachstelle und FuSTA Rohr in der Höhe von über einem Steuerprozent beschlossen. Die beiden Geschäfte sind mit klaren Mehrheiten, und somit auch mit den Stimmen der bürgerlichen Fraktionen beschlossen worden. Die Eigenfinanzierung erreicht knapp die Hälfte der notwendigen 15 Mio. Franken. Dies ist absolut unbefriedigend. Bei den Investitionen gilt es festzuhalten, dass sie auch in den nächsten Jahren klar über den als Ziel definierten 15 Millionen liegen werden und entsprechend das Nettovermögen schwinden wird. Dieses hohe Investitionsvolumen ist aber so gewollt. Die entsprechenden Vorlagen erreichten bei den Abstimmungen immer klare Mehrheiten, sowohl im Einwohnerrat, wie auch beim Souverän. Ob zukünftige Grossprojekte weiterhin so einfach Mehrheiten finden werden, wird vermutlich vermehrt auch wieder von deren Qualität abhängen. Für uns sind es vor allem zwei Gruppen von Investitionen, bei denen wir in Zukunft noch genauer hinschauen wollen: Einerseits sind es die betragsmässig kleinen Investitionen, welche ohne einwohnerrätliche Botschaft, und somit ohne politische Diskussion, mit dem Budget beschlossen werden. Als Beispiel möchte ich die Fussgängerbrücke Gais erwähnen, bei welcher wir, ohne dass ich der Diskussion zur Abrechnung vorgreifen will, das Verhältnis zwischen Kosten und Nutzen klar in Frage stellen. Die anderen Investitionen, welche wir als schwierig erachten, sind Projekte, bei welchen private und öffentliche Anliegen gemeinsam verwirklicht werden sollen. Wir haben da immer wieder das Gefühl, dass die Stadt am Schluss über den Tisch gezogen wurde. Als Beispiel möchte ich die Sanierung der City Mall erwähnen. Auch wenn wegen dem öffentlichen Durchgangsrecht eine vertragliche Unterhaltspflicht besteht, fragen wir uns schon, wieso nach ungefähr 20 Jahren die Bodenbeläge bereits zum zweiten Mal ersetzt werden müssen. Gemäss Hauseigentümergeverband haben Steinzeugplatten eine Lebensdauer von 40 Jahren. Wie bereits erwähnt, können wir dem vorliegenden Budget so nicht zustimmen. Wir würden erwarten, dass bei einem so vom Spardruck geprägten Budget bedürfnisorientierter und präziser geplant wird. Die stadträtliche Version ist für uns zu stark auf das Sparen ausgerichtet, dazu einseitig und somit in der Lastenverteilung ungerecht. Für uns ist es unverständlich, wenn z. B. bei der Produktegruppe Sport alle letztjährigen Beitragskürzungen undifferenziert bereits wieder kompensiert werden und bei anderen Produktegruppen, wie z. B. der Stadtbibliothek, die Kürzungen trotz der letztjährigen Beitragserhöhung beibehalten werden. Entsprechend werden wir den Anträgen der Mitte/Links-Fraktionen zustimmen. Den Antrag der FGPK für einen Steuerfuss von 98 % werden wir ebenfalls unterstützen. Mit dieser moderaten Steuerfusserhöhung werden nicht einmal die vom Einwohnerrat beschlossenen Mehrausgaben und die zusätzlichen gesetzlichen Beiträge kompensiert. Ein Verzicht auf eine Steuererhöhung ist für uns gleichbedeutend wie ein Verschulden bei den nachfolgenden Generationen. Sollten diese Anträge keine Mehrheit finden, werden wir in der Schlussabstimmung das Budget ablehnen und entsprechend auch einen Abstimmungskampf führen.

Hanspeter Hilfiker: Die FDP hat den Voranschlag 2013 ebenfalls analysiert und besprochen. Wir begrüssen, dass der Stadtrat dem Souverän ein Budget mit dem bisherigen Steuerfuss von 94 % vorschlägt und lehnen den Gegenantrag der FGPK einstimmig ab. Was zeigt uns das Budget 2013? Erstens zeigt es, dass der Gesamtumsatz der Einwohnergemeinde bei rund 145 Mio. Franken stagniert. Im Vergleich zur letzten vorliegenden Rechnung sollen die Personalaufwendungen um weitere 3 % steigen, die Sachaufwendungen gehen dank Stabulo 1 um 2 bis 3 % zurück. Am stärksten steigen die eigenen bzw. die gesetzlichen Beiträge, insgesamt um 13 %. Erfreulich ist einzig, dass die Steuereinnahmen auf Kurs bleiben und um nochmals 4 % zunehmen sollen. Insgesamt handelt es sich um ein Budget, das die ungünstigen Entwicklungen der letzten Jahre mehr oder weniger fortschreibt. In diesem Budget gibt es aber keinen Leistungsabbau. Zweitens zeigt der Voranschlag, dass die Investitionen für 2013 auf ein All-

zeithoch klettern sollen: Bruttoinvestitionen von über 50 Mio. Franken und Nettoinvestitionen ohne Eigenwirtschaftsbetriebe von über 33 Mio. Franken hatte unsere Stadt wohl noch nie zu verkraften – und dies in einem Jahr. Das langfristige, vom Stadtrat im Rahmen von Stabilo vorgegebene Ziel von 15 Mio. Franken Nettoinvestitionen pro Jahr ist um mehr als das Doppelte übertroffen. Die dritte Erkenntnis des Voranschlags ist schnell gesagt: Von einer anvisierten Eigenfinanzierung von 100 % sind wir weit entfernt; zumindest rechnen wir diesmal mit 8,5 Mio. Franken Eigenfinanzierung, was gerade mal 25 % der geplanten Investitionen abdeckt, aber auch nur etwa 60 % der langfristig gewünschten Investitionstätigkeit finanziert. Dies alles zeigt, dass der Voranschlag 2013 in keiner Art und Weise inhaltlich befriedigen kann. Wesentlich ist für uns, dass wir auf dieser Basis ein solides und ambitioniertes Stabilo 2-Programm umsetzen. Die Aussagen des Stadtrates in der FGPK bspw. zum bereits durchgeführten und leider noch nicht publizierten Bericht zum Werkhof lassen uns von der FDP bezüglich dieser Umsetzung von Stabilo 2 nichts Gutes erwarten: Wenn schon vor Projektbeginn geäußert wird, es würden bei solchen Analysen nicht "Millionen gefunden", ist bereits absehbar, wie wenig ambitioniert dieses Thema angegangen wird. Wir überlegen uns hier für eine der nächsten Sitzungen einen Vorstoss, der ganz konkrete Massnahmen und Prüfungsfelder als Minimum pro Produktgruppe definiert. Hier einige Beispiele mit offensichtlichem Handlungsbedarf aus unserem aktuellen Budget: Beispiel 1: Im Bereich der IT weisen wir in Aarau seit Jahren und heute nochmals erhöhte durchschnittliche Kosten pro Arbeitsplatz von 10'000 Franken aus. Suhr, als Beispiel einer doch nicht ganz kleinen Gemeinde, rechnet mit 4'500 Franken. Bei 350 Arbeitsplätzen ergibt das eine Differenz von jährlich 1 Mio. Franken. Solche Differenzen betreffen die Eigenfinanzierung und müssen nach Stabilo 2 zumindest sehr gut begründet werden. Ein zweites Beispiel ist unsere PK: Wir werden heute noch über einen FGPK-Antrag, welcher auch von unserer Partei getragen wird, diskutieren, welcher die Prüfung einer Alternative zum momentanen Vorgehen verlangt. Diese Alternative zeigt, wie ohne eine einzige Leistungskürzung für die Versicherten durch eine sinnvolle Nutzung vorhandener Systeme und Angebote 2 Mio. Franken an Investitionen eingespart und gleichzeitig die jährlichen Kosten reduziert werden können. Als drittes Beispiel können wir auf die Strasseninvestitionen hinweisen: Wir planen 2013 allein bei den öffentlichen Verkehrswegen Investitionen von 19 Mio. Franken. Das ist mehr, als wir als langfristig tragfähige Investitionen investieren möchten. Bei den Gemeindestrassen sind es alleine netto 8,3 Mio. Franken. Wir haben nichts gegen ein gut unterhaltenes Strassennetz, aber auch hier lohnt sich allenfalls ein Vergleich mit anderen Gemeinden. Schauen wir wieder bei der Gemeinde Suhr: Suhr gibt, mit einer halb so grossen Einwohnerzahl, pro Jahr 1,8 bis 2 Mio. Franken aus. Treiber der Strassensanierung sind dort die Technischen Betriebe. Sie geben vor, welche Strassen dann auch insgesamt, d. h. inkl. Belag, saniert werden. Wir haben heute im Voranschlag Projekte enthalten wie z. B. die Neugestaltung der Weltstrasse für 750'000 Franken. Solche Investitionen müssen wir einfach in Zukunft genauer anschauen und solche Differenzen begründen können. Das Investitionsprogramm muss überprüft und allenfalls reduziert werden. Das waren nur ein paar Beispiele. Es gibt unzählige weitere Ansatzpunkte in allen Bereichen unserer politischen und verwaltungsinternen Aktivitäten. Unsere Überzeugung bleibt deshalb: zuerst die Kosten klären und wo möglich senken – und es geht nicht primär um Leistungsabbau – gleichzeitig den Investitionsplan fundiert überarbeiten und reduzieren und dann entscheiden, ob überhaupt noch eine Lücke zur angestrebten Eigenfinanzierung von 15 Mio. Franken pro Jahr besteht, die über Steuern zu begleichen wäre. Wir gehen davon aus, dass bei einer vernünftigen zukünftigen Wirtschaftslage und ambitionierter Zielsetzung bei Stabilo 2 diese Ziele auch mit einem Steuerfuss von 94 % erreichbar bleiben. In diesem Sinne unterstützen wir das Übergangsbudget 2013 mit dem Steuerfuss von 94 % und lehnen alle Anträge für Ausgaben- oder Steuererhöhungen einstimmig ab.

Werner Schib: Die CVP-Fraktion stimmt dem Budget 2013 mit einem Steuerfuss von 94 % einstimmig zu. Der Stadtrat hat mit dem Voranschlag grundsätzlich den richtigen Weg eingeschlagen. Der Finanzhaushalt der Stadt muss zuerst einmal ausgabenseitig ins Lot gebracht werden, bevor die Steuern erhöht werden. Bei den geplanten Investitionen liegt der Stadtrat aber immer noch zu hoch. Wir erwarten auch einiges von Stabilo 2. Substanzielle Entlastungen des Finanzhaushaltes müssen das Ziel sein. Es geht bei Stabilo 2 nicht primär ums Sparen, sondern um einen Gewinn an Effizienz und Effektivität und um eine Überprüfung, was an öffentlichen Leistungen überhaupt noch sinnvoll ist und was noch erbracht werden soll. In dieser Beziehung kann man einiges erreichen, davon sind wir überzeugt, aber man muss es wollen. Bezüglich Stabilo 2 gilt der einfache Satz: "Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg." Eine Steuerfusserhöhung, wie sie von linker Seite beantragt wird, kommt für uns nicht in Frage. Noch ein paar Bemerkungen zum Thema "Sparen": Wenn die linksgrüne Seite heute behauptet, es müsse zu viel gespart werden, es müssten Abstriche gemacht werden, ist das eine sehr eigenartige Sichtweise. Auch das Budget 2013 ist kein Sparbudget, keine eigentliche Sparrunde, die weh tut. Von einem Leistungsabbau kann keine Rede sein. Man hat Leistungen geändert. Aber den Gürtel wirklich enger schnallen hat bis heute niemand müssen. Auch Stabilo 1 ändert an dieser Aussage nichts. Stabilo 1 ist schon deshalb kein Sparpaket, weil Stabilo 1 zu einem grossen Teil Mehreinnahmen und nicht Minderausgaben beinhaltet, wie z. B. Bussenerträge oder Parkgebühren. Die Anträge der Grünen und der SP auf zusätzliche finanzielle Mittel für die Produktgruppen Kultur, Stadtbibliothek, Jugend und Freiwillige Sozialarbeit lehnt die CVP ab. Gerade in diesen Produktgruppen liegt auch im Budget 2013 der Nettoaufwand höher als im Vorjahr. Gerade und besonders im sozialen Bereich und in der Kultur hat bis heute noch nicht einschneidend gespart werden müssen. Im Gegenteil: Man kann in diesen Produktgruppen auch im nächsten Jahr mehr ausgegeben als bis jetzt. Wer unter diesen Vorzeichen für diese Produktgruppen noch mehr finanzielle Mittel verlangt, handelt ganz einfach verantwortungslos.

Ueli Hertig: Vorab möchten wir der ganzen Belegschaft der Stadt Aarau für ihren Einsatz für unsere Stadt danken. Heute haben wir den Voranschlag 2013 zu beraten. Leider wurde die Budgetdebatte schon mit der Behandlung von Stabilo 1 vorweggenommen und der Voranschlag präsentiert sich dementsprechend. Es wird Sie auch nicht verwundern, dass unsere Fraktion diesem Budget in der vorgelegten Form so nicht zustimmen kann. Wir werden verschiedene Anträge unterstützen, die beschlossenen Kürzungen aus Stabilo 1 wieder rückgängig zu machen. Verschiedene Inputs aus der Bevölkerung bewegen uns zu diesem Schritt. Dazu werden wir auch dem Antrag der FGPK, den Steuerfuss moderat auf 98 % zu erhöhen, zustimmen. Wir sind auch erstaunt, dass nicht der Stadtrat einen höheren Steuerfuss beantragt hat, schreibt er doch selber, dass die anstehenden Investitionen einen deutlich höheren Steuerfuss erfordern würden. Unsere Fraktion will eine prosperierende, attraktive Stadt mit urbanen Qualitäten. Aber dies kostet etwas und setzt Investitionen voraus. Schon im letzten Budget wurden bei verschiedenen Produktgruppen zum Teil schmerzhaft Einsparungen vorgenommen. Dies war auch ein Punkt, weshalb der letztjährige Voranschlag an der Urne scheiterte. Die Investitionen bleiben weiterhin sehr hoch, die Selbstfinanzierung ist sehr mager und dadurch schwindet auch das Nettovermögen. Noch vor 3 Jahren haben sich alle Fraktionen für den Erhalt des ehemaligen Generationenfonds von 80 Millionen Franken ausgesprochen, denn die IBA-Millionen stammen nicht aus Steuererträgen. Nun wird im Auftrag der bürgerlichen Parteien das ganze Vermögen für die Finanzierungslücke der Laufenden Rechnung und für Investitionen aufgebraucht. Es war ein erklärtes Legislaturziel des Stadtrates, die 80 Millionen Franken aus der Verselbständigung der IBA zu erhalten. Nun müssen sie schon im Jahre

2014 angebraucht werden. Wir müssen uns doch fragen, was sich Aarau leisten will und nicht nur, was sich unsere Stadt leisten kann. Wenn man sich heute für einen Steuerfuss von 94 % einsetzt, ist das so, wie wenn man mit dem Auto auf den Felgen weiterfährt, ohne das Tempo zu drosseln. Das ist unverantwortlich. Nur eine Steuerfusserhöhung bringt die Laufende Rechnung längerfristig wieder ins Lot. Aarau profitiert mehr von einer guten Infrastruktur und einem grossen Angebot als von einem tiefen Steuersatz. Weitere Einnahmen erwarten wir, nebst einem höheren Steuerfuss, durch Firmen, die dank Einsatz der hoch dotierten Wirtschaftsfachstelle neu angesiedelt werden. Neue Firmen bringen neue Mitarbeiter und deren Familien mit sich. Familien, die wiederum von der Infrastruktur in verschiedensten Bereichen profitieren können und Aarau als attraktive Stadt erleben. Noch zu einigen Details: Die Wirkungs- und Leistungsziele in der PG 30, Volksschule, müssen nach unserer Ansicht dringend aktualisiert werden, wie es auch die Sachkommission festgestellt hat. Wir überlegen uns, unsere Vorstellungen in einer WOSA-Motion nächstes Jahr einzureichen. In der vorliegenden Investitionsrechnung für 2013 finden wir bei der Schulraumplanung nur den Projektierungskredit. Was jedoch fehlt, sind Zahlen über die Investitionen für den benötigten Schulraum auf das Schuljahr 2014/15, obwohl diese Ausgaben teilweise schon 2013/14 erfolgen müssen. Der Kostenanteil von 500'000 Franken für die Erneuerung der City Mall schmerzt uns sehr. Wir wünschen uns vom Stadtrat, dass der bestehende Vertrag angepasst wird, damit in Zukunft keine solchen Investitionen mehr mitfinanziert werden müssen. Die Fraktion Pro Aarau-EVP/EW-GLP empfiehlt Ihnen, den Voranschlag 2013 nur zu genehmigen, wenn die Steuern erhöht und verschiedene Kürzungen rückgängig gemacht werden. Andernfalls müssen wir den Voranschlag ablehnen und der Aarauer Bevölkerung bei der Abstimmung ein Nein empfehlen.

Jürg Schmid: Die SVP-Fraktion hat den Voranschlag 2013 der Einwohnergemeinde Aarau mit grossem Interesse studiert und bedankt sich bei den Erstellern für die geleistete, grosse Arbeit. Die Beurteilung fällt natürlich gemischt aus. Aus finanzpolitischer Sicht nehmen wir insbesondere die Beibehaltung der Massnahmen aus Stabulo 1, die Beibehaltung des Steuerfusses von 94 %, die Umsetzung des Projektes Stabulo 2 als Jahresziel sowie die budgetierten Überschüsse der PG 50, Stadtpolizei, und PG 61, Baubewilligungswesen, wohlwollend zur Kenntnis. Weniger erfreulich, leider aber mit viel grösseren Auswirkungen, erachten wir insbesondere die folgenden Sachverhalte: Rekordinvestitionen bei der Einwohnergemeinde ohne Eigenwirtschaftsbetriebe in der Höhe von 33,5 Mio. Franken sowie generell keine massgebliche Abnahme beim Aufwand. Die geplanten Investitionen erscheinen uns wie ein Wunschкаталог. Es sind keine Anzeichen zu erkennen, dass sich der Stadtrat dabei vom Masshalten leiten liess. Wir sind nun eingeladen, mit diesem Budget still und leise mehr als 12 Mio. Franken Investitionen ohne weitere Abstimmung oder separate Einwohnerratsbotschaft durchzuwinken. Sind diese tatsächlich alle notwendig? Besteht bezüglich wiederkehrender Ersatz- bzw. Erneuerungsinvestitionen eigentlich eine Planung bei der Stadt, welche sicherstellt, dass nicht alles auf einmal anfällt? Im Hinblick auf eine Glättung der Investitionen auf 12-15 Mio. Franken, wie das als Ziel ab 2018 definiert wird, ist das eine unabdingbare Voraussetzung. Beim vorliegenden Budget würden diese 12-15 Mio. Franken nicht einmal für die Sanierungsinvestitionen ausreichen, geschweige denn für neue Projekte. Wir nehmen dies sehr als Nachwehen vom Betreuungsmodell wahr und vermissen hier etwas die Führungsverantwortung der Exekutive. Als Hauptaufgaben der öffentlichen Hand – und entsprechend Hauptkomponenten für die Mittelverwendung – gelten allgemein Bildung, Infrastruktur und Sicherheit. Alles andere ist im Prinzip "nice to have". Gemäss Voranschlag werden im Jahre 2013 ausserhalb vorerwählter Kategorien in den jeweiligen Produktgruppen Kultur, Schlössli, KUK, Sport, Musikschule und Kadettenmusik, Freiwillige Sozialarbeit, Subventio-

nen/Beiträge (um nur die grössten Faktoren zu nennen) gesamthaft 15,5 Mio. Franken an Ausgaben (Nettokosten) veranschlagt. Dies entspricht gut 25 Steuerprozenten. Das muss hinterfragt werden. 2014 folgt die Einführung des neuen Rechnungsmodells HRM2, dessen Auswirkungen auf die Rechnung zum heutigen Zeitpunkt noch einige Unklarheiten bergen. Entsprechend kann 2013 gewissermassen als Übergangsjahr behandelt werden. Diese Zeit muss zwingend für Stabulo 2 genutzt werden. Die Arbeiten sind speditiv und zielgerichtet anzugehen, damit im Herbst 2013 für das Budget 2014 klare Grundlagen vorliegen. Begrüssen würden wir aus Sicht des Einwohnerrates eine periodische Aufdatierung über Projektfortschritte von Stabulo 2. Beleuchten wir nun noch etwas die Einnahmenseite, die kam heute noch nicht so zum Zuge: Wir sind nach wie vor überzeugt, dass ein Steuerfuss von 94 % ausreichend sein muss. Aarau hat im Kantonsvergleich aufgrund der hohen Steuerkraft sehr gute Steuereinnahmen. Dies zeigen die nachfolgenden Ergebnisse von Vergleichen der Steuerzahlen sämtlicher 220 Aargauer Gemeinden (Quelle: Statistische Daten Departement Volkswirtschaft und Inneres): Aarau erhielt 2011 den zweithöchsten absoluten Betrag an Aktiensteuern aller Gemeinden im Kanton Aargau. Aarau erhielt 2011 ebenfalls den zweithöchsten absoluten Betrag an Einkommenssteuern aller Gemeinden im Kanton Aargau. Bei beiden Werten lag jeweils Baden an der Spitze. Baden weist allerdings per Ende 2011 mehr als 100 Mio. langfristige Schulden aus, welche amortisiert werden müssen. Wettingen, mit geringfügig mehr Einwohnern als Aarau, liegt bei den Einkommenssteuern an dritter Stelle, aber schon gut 10 Mio. Franken tiefer als Aarau. Vergleicht man noch die durchschnittlichen Einkommenssteuern pro Einwohner, so erfährt man, dass der einzelne Einwohner von Aarau bereits mit dem "attraktiven" Steuerfuss von 94 % im Jahre 2011 durchschnittlich den fünfzehnthöchsten Betrag an Einkommenssteuern in allen Aargauer Gemeinden bezahlt hat. Zusammenfassend halten wir fest: Die Investitionen im Budget 2013 sind zu hoch. Die laufenden Kosten bleiben auf zu hohem Niveau. Die absoluten Steuereinnahmen sind aber auch auf einem sehr guten, hohen Niveau. Vor einer, unseres Erachtens nicht nötigen, Erhöhung der Steuern hat der Bürger Anrecht auf eine nachhaltige Überprüfung der in der Vergangenheit stark angestiegenen Ausgabenposten. Daraus erwarten wir eine nachhaltige Korrektur in Form von Reduktionen. Die SVP-Fraktion wird dem vorliegenden Budget 2013 mit einem Steuerfuss von 94 % und der Umbenennung der Produktgruppe 60 zustimmen. Sämtliche Anträge auf Erhöhung des Steuerfusses wie auch auf Ausgabensteigerungen werden wir ablehnen.

Gérald Berthet: In den letzten Einwohnerratssitzungen meldeten sich vor allem Finanzspezialisten zu Wort: Hanspeter Hilfiker von der FDP, Werner Schib von der CVP, Jürg Schmid von der SVP und andere. Mir kommt es so vor, als wären wir in den Klauen und Zwängen des Sparens. "Sparen bis zum Gehnichts", "Sparen mit dem Rasenmäher", "Schuldenbremse", das sind solche Schlagwörter. Ohne an der Kompetenz dieser Herren zu zweifeln, glaube ich nicht, dass es so geht, mir fehlt das Herz. Wenn man mit dem "Rasenmäher spart", kommen Menschen darunter. Leicht enerviert haben das in den letzten Sitzungen Leute von der FDP wahrgenommen und geäußert, dass sie eigentlich schon wüssten, wie man spart, auch zuhause im Haushalt. Ehrlich gesagt, das glaube ich nicht. Niemand in diesem Rat weiss, was es bedeutet, wenn man am zwanzigsten Tag des Monats schon kein Geld mehr für das Haushaltsbudget oder für den Geburtstag eines Kindes hat. Hunderttausende Menschen leben in der Schweiz unter dem Existenzminimum. Die meisten sind alleinerziehende Frauen mit Kindern. Ich finde, das ist ein Skandal. Wenn ich jetzt jemandem im Rat Unrecht getan habe, so kann er gerne in der Pause bei mir vorbeikommen. Ich bin gerne bereit, 100 Franken, welche ich jetzt nicht gleich brauche, für ein Kind zu spenden. Hören wir also auf mit dem Sparwahn und mit der berühmten Schere, welche immer weiter zwischen bedürftigen und reichen Fami-

lien aufgeht. Dass dieser Sparwahn eine Sackgasse ist, weiss man schon längst. Man kann ins 20. Jahrhundert oder aber auch nur z. B. auf das Jahr 2008 zurückgehen. Da sieht man, was in Irland oder England passiert ist, als die Schulden dramatisch wurden. Niemand spricht mehr von England, alle sprechen von Griechenland, Spanien oder Italien. Es ist aber trotzdem so. Mir kommt da ein Zitat von Albert Einstein in den Sinn, welcher gesagt hat, dass, wer immer wieder das Gleiche mache, aber andere Ergebnisse erwarte, wahnsinnig sei. Es gibt zwei Beispiele von bürgerlichen Politikern in den letzten Wochen, welche diese Sackgasse langsam erkannt haben: In der Konferenz der nationalen Finanzdirektoren war zu hören, dass mehrere Kantone in den nächsten ein bis zwei Jahren massive Defizite einfahren werden. Sie werden mehr Geld einnehmen müssen. Das zweite – und da komme ich vielleicht etwas näher an die heutige Spardebatte – ist das, worüber wir alle abgestimmt haben in den letzten Wochen, nämlich das eidgenössische Musikschulgesetz. Christine Egerszegi war eine berühmte und glühende Verfechterin dieses Gesetzes, und zwar mit folgendem Argument: Es darf nicht sein, dass ein Gemeindeparlament, nur weil es finanzielle Probleme hat, Musikschulunterricht mit sinnlosen Sparübungen unmöglich macht. Genau deshalb setzte sie sich so vehement für dieses Gesetz ein. Wir sind aber auf dem besten Weg, genau das zu tun. Ich appelliere also noch einmal an die FDP, berühmten Beispielen zu folgen und vernünftig, differenziert zu sparen und nicht mit dem Rasenmäher. Zuletzt appelliere ich vor allem an die CVP-Fraktion, welche ja die Familienpolitik auf ihre Fahnen geschrieben hat. Auch Ihnen möchte ich gerne sagen, dass Sie für eine differenzierte Sparpolitik sein sollen. Schauen Sie, dass die Schere nicht weiter auseinander geht. Helfen Sie auch Familien mit kleineren Budgets zu ihrem Recht.

Marcel Guignard, Stadtmann: Die heutige Debatte hat gezeigt, dass es für den Stadtrat gar nicht so einfach ist, ein Budget zu unterbreiten, welches allen passt. Wir sind eigentlich vor die gleichen Aufgaben gestellt, wie Sie auch. Wir haben sehr viele gesetzliche Aufgaben, welche wir finanzieren müssen. Da können wir nichts ändern. Das macht gut 2/3 des Voranschlags aus. Auf der anderen Seite haben wir grosse Infrastrukturanlagen, welche wir nicht vernachlässigen möchten. Gute Infrastrukturanlagen zeugen von einer Standortqualität. Ich war jetzt eben in Griechenland. Wenn man dort die Erschliessungsstrassen oder andere Einrichtungen anschaut, so muss man sagen, dass wir schon nicht auf dem Weg dorthin sind, dass es aber richtig ist, dass zu den Infrastrukturen Sorge getragen wird und man Unterhalt betreibt – wenn auch keinen übertriebenen – und dies nicht auf Nachfolgenerationen überträgt. Wir stehen auch vor der Tatsache, dass wir in der Bevölkerung und im Einwohnerrat demokratisch zustande gekommene Investitionsvorhaben vorliegen haben, bei denen erwartet wird, dass sie realisiert werden. Das hat einen Einfluss auf die Grösse der Investitionen. Wir haben ein Bildungs- und Kulturangebot, auf welches wir stolz sein dürfen. Wir sind nicht daran interessiert, das zu streichen, aber auch nicht enorm auszubauen. Es muss aber gepflegt werden, denn alle diese Elemente zusammen machen schlussendlich eine lebenswerte Stadt aus. Es geht also letztlich darum, die entsprechenden Wertungen vorzunehmen, was einem lieb ist. Was einem lieb ist, muss man wahrscheinlich auch finanzieren und dort, wo man findet, könne etwas gekürzt werden, muss der politische Konsens auch gefunden werden. Das ist ein Widerstreit, der sich in der Politik immer wieder ergeben wird. Der Stadtrat hat bei der Budgetierung des Jahres 2013 versucht, einen Weg zu gehen, bei dem wir hoffen, dass wir Ihnen ein Budget unterbreiten können, welches eine Mehrheit finden wird und welches auch beim Volk Zustimmung bekommt. Da müssen verschiedene Seiten vielleicht einmal etwas über den eigenen Schatten springen. Es hat in der Tat Sachen im Budget, bei denen die Ausgabenentwicklung zurückgehalten wurde und die Ausgaben nun weniger hoch sind. Auf der Einnahmeseite wurde, wenn ich Stabulo 1 anschau, z. B. an den Gebühren geschraubt. Diese wurden erhöht, was auch

nicht allen genehm ist. Man muss schlussendlich im Interesse der Stadt Aarau eine Lösung finden, um wieder ein Budget 2013 zu haben. Deshalb beelendet es mich manchmal fast ein bisschen persönlich, wenn gesagt wird, man lehne das Budget ab, wenn dieser oder jener Betrag nicht um 15'000 Franken erhöht oder gesenkt werde. Man werde dann auch der gesamten Bevölkerung empfehlen, das Budget abzulehnen. Irgendwie müssen wir alle wieder einmal den Überblick gewinnen, wenn wir uns zu stark in Details verkrallt haben. Wir müssen schauen, worum es überhaupt geht. So schlecht steht die Stadt Aarau insgesamt nicht da. Es ist kein Sparbudget, aber auch kein Verschleuderungsbudget. Die zusätzlichen Ausgaben sind begründet. Was man versucht hat, mit Stabulo 1 etwas zu stabilisieren, ist gleich wieder mit vorgeschriebenen Ausgaben "von oben" weggefressen worden. Deshalb sollten wir alle darauf schauen, dass wir Augenmass behalten. Dem Stadtrat wurde vorgehalten, dass er sagt, der Steuerfuss reiche nicht aus, wir bräuchten eigentlich einen höheren Steuerfuss. Dazu steht der Stadtrat, das ist so. Wir müssten eigentlich auch weniger Ausgaben haben, das ist auch so. Es stimmt beides. Der Stadtrat wäre eher geneigt gewesen, das parallel anzugehen. Die Meinungen gehen auseinander, was zuerst getan werden sollte. Im letzten Jahr haben Sie aber gesehen, wie das mit der Steuerfussfrage herausgekommen ist. Der Einwohnerrat hat zusammen mit dem Stadtrat einen Steuerfuss von 98 % vorgeschlagen, das Stimmvolk lehnte das aber in der Volksabstimmung ab. Ich gehe nicht weiter auf die Gründe dafür ein, aber der Regierungsrat hat uns nicht etwa ermuntert, auf der Einnahmenseite zukünftige Entwicklungen abzubilden. Unsere Situation ist so, dass wir über viel Vermögen verfügen. Nach der Argumentation des Regierungsrates kämen wir noch mit einem viel tieferen Steuerfuss über die Runden, und dies noch mehrere Jahre lang. Das ist die Ausgangslage. Zudem haben wir Stabulo 1 beschlossen. Nun hören wir, dass man heute wieder auf etwa die Hälfte der Massnahmen zurückkommen möchte. Stabulo 2 nimmt man in Aussicht und verspricht sich sehr viel davon. Deshalb bin ich der Meinung, dass man jetzt das Stabulo 2-Projekt durchführt. Dort werden dann auch die generellen Beurteilungen, welche Investitionen zurückgestellt und welche gestreckt werden sollen, konkret. Das muss bei Stabulo 2 politisch ausdiskutiert werden. Diese Aufgabe erwartet uns noch. Deshalb empfiehlt Ihnen der Stadtrat, um einzelne Positionen durchaus zu ringen, nachher aber auch wieder einmal ein Zeichen zu geben und zu sagen, dass die Aussprache und das Fällen eines demokratischen Entscheids nun erfolgt sind. Mit diesem Entscheid geht man anschliessend vor das Volk, um so ein Budget zu erhalten. Ich möchte auf wenige Einzelfragen noch kurz eingehen. Ich werde die Fragen nicht vollständig beantworten. Sie können bei der Debatte zu den einzelnen Produktgruppen aber gerne nachfragen, sodass die Ressortverantwortlichen vielleicht noch genauere Antworten liefern können. Sie konnten nachlesen, weshalb der Stadtrat bei einem Steuerfuss von 94 % geblieben ist und ich habe es Ihnen jetzt noch einmal erläutert. Zu den Sportbeiträgen haben wir auch schon Auskünfte in den Kommissionen erteilt. Als der Sportfachmann eingestellt worden ist, hat man gleichzeitig hier im Einwohnerrat die Beiträge um 70'000 Franken erhöht. Es wurde beschlossen, dass nach den Förderrichtlinien vorgegangen werden müsse. Das hat man getan und deshalb sind die Beträge so im Budget enthalten. Ich wehre mich dagegen, dass der Stadtrat die Neuformulierung der Wirkungsziele bei der Volksschule übernehmen sollte. Die Wirkungsziele der Schule sind nicht Sache des Stadtrates und ich bin klar dagegen, dass sich der Stadtrat da einmischt. Wenn eine Aufforderung hier im Raum steht, dass die Wirkungsziele in der PG Volksschule anders formuliert werden sollten, dann ist das Sache der Schulpflege. Wir haben hier eine klar geteilte Zuständigkeit. Gesamthaft bitte ich Sie, mit einer gewissen Gelassenheit diesen Voranschlag zu beraten, nachher darüber abzustimmen und den einwohnerrätlichen Entscheid dem Volk gegenüber dann zu vertreten.

Marc Dübendorfer, Präsident: Wir kommen nun zur Detailberatung. Ich bitte alle, den zu-gestellten Voranschlag bereit zu halten. Wir gehen Seite für Seite durch. Dort, wo bereits schriftliche Anträge vorliegen, werde ich automatisch anhalten. Wenn sonst noch jemand im Verlauf der Debatte eine Wortmeldung wünscht, müsste er oder sie sich sofort melden. Zu den Seiten 8-13 sowie 14-15 liegen keine Wortmeldungen vor. So kommen wir zu den ein-zelnen Produktegruppen. Zu den Produktegruppen 01-18 liegen keine Wortmeldungen vor. Bei der Produktegruppe 20 liegt ein Abänderungsantrag der Fraktion Grüne/JETZT! vor mit folgendem Wortlaut:

Die vor einem Jahr beschlossenen Kürzungen um 5 % sollen rückgängig gemacht und das Globalbudget um Fr. 77'200.- erhöht werden.

Marc Dübendorfer, Präsident: Wenn der Abänderungsantrag angenommen wird, kommt er automatisch in die Schlussabstimmung. Es gibt also keine Gegenüberstellung mehr mit dem stadträtlichen Antrag zu dieser Produktegruppe. Nachdem keine Wortmeldungen dazu vorlie- gen, kommen wir zur

Abstimmung über den Antrag der Fraktion Grüne/JETZT!:

Der Antrag der Fraktion Grüne/JETZT! wird mit 25 Nein-Stimmen gegen 23 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Marc Dübendorfer, Präsident: Bei den Produktegruppen 21-22 liegen keine Wortmeldun- gen vor. Bei der Produktegruppe 23 liegt ein Abänderungsantrag der Fraktion Grüne/JETZT! vor mit folgendem Wortlaut:

Die vor einem Jahr beschlossenen Kürzungen um 5 % sollen rückgängig gemacht und das Globalbudget um Fr. 15'200.- erhöht werden.

Marc Dübendorfer, Präsident: Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Antrag der Fraktion Grüne/JETZT!:

Der Antrag der Fraktion Grüne/JETZT! wird mit 25 Nein-Stimmen gegen 23 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Marc Dübendorfer, Präsident: Bei der Produktegruppe 26 liegen keine Wortmeldungen vor. Bei der Produktegruppe 30 liegen zwei Abänderungsanträge vor. Der Antrag von Gérald Berthet, Fraktion Grüne/JETZT! lautet wie folgt:

Der Einwohnerrat möge auf den Beschluss aus Stabulo 1, Massnahme 18, Reduktion von Lek- tionen für Blockzeiten, Streichung im Umfang von Fr. 25'000.-, zurückkommen und beschlies- sen, diesen Betrag durch Erhöhung des Globalkredits in der Produktegruppe 30 um Fr. 25'000.- in das Budget 2013 aufzunehmen.

Gérald Berthet: Blockzeiten sind nötig, da herrscht in weiten Teilen der Bevölkerung Kon- sens: für Elternpaare, die beide einer Erwerbsarbeit nachgehen wollen oder müssen, für Fami- lien mit mehreren Kindern, für Arbeitgeber, die gut qualifiziertes Personal suchen, um nur

einige Vorteile zu nennen. Blockzeiten und gut ausgebaute Tagesstrukturen für Kinder sind mittlerweile zum Standortvorteil geworden und für junge Eltern selbstverständlich. Blockzeiten sollen aber nicht nur Eltern oder Arbeitgeber befriedigen, sondern auch kindergerecht sein. Kinder der Unterstufe, die noch Mühe haben, sich 3-4 Stunden lang zu konzentrieren, ruhig zu sitzen, beim Thema zu bleiben, brauchen mehr Abwechslung im Unterricht. Sie müssen und wollen auch ihren Spiel- und Bewegungsdrang ausleben können, sie brauchen spezielle Lehr- u. Lernformen. Teamteaching beispielsweise ist dazu da, den Unterricht aufzulockern, kooperativ zu lernen und einer Hälfte der Klasse mit einer zweiten Lehrperson zu ermöglichen, auf andere Bedürfnisse der Kinder einzugehen, mal Ort und Thema zu wechseln, z. B. draussen an der Luft zu sein, Tätigkeiten zu wechseln z. B. zu werken und so anderes Lernen zu ermöglichen. Gerade heute, wo junge Schülerinnen und Schüler erwiesenermassen mit schlechteren motorischen Fähigkeiten, mit Koordinationsstörungen, mit Übergewicht usw. auffallen, wären differenzierte Lehr- u. Lernformen wichtig. Deshalb finden wir von den Grünen, dass solche Sparübungen völlig quer in der Landschaft liegen. So werden Kosten nur verlagert, aber nicht wirklich eingespart. Wenn Kinder dann dem Schulpsychologen, Kinderarzt oder Neuropädiater zugewiesen werden müssen, zahlt diese Kosten zwar nicht mehr die Stadt, aber der Kanton.

Marc Dübendorfer, Präsident: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Antrag von Gérald Berthet, Fraktion Grüne/JETZT!:

Der Antrag der Fraktion Grüne/JETZT! wird mit 25 Nein-Stimmen gegen 23 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Marc Dübendorfer, Präsident: Bei der Produktegruppe 30 liegt noch ein zweiter Abänderungsantrag vor. Der Antrag der SP lautet wie folgt:

Die vor einem Jahr beschlossenen Kürzungen um 5 % sollen rückgängig gemacht und das Globalbudget um Fr. 115'400.- erhöht werden.

Lotty Fehlmann Stark: Vor einem Jahr haben wir nicht etwas wirklich Intelligentes getan. Wir haben einfach linear, ohne uns zu differenzieren oder zu positionieren, das Budget um 5% gekürzt. Dies betraf ja nicht nur die Produktegruppe 30, sondern generell, aber insbesondere die PG 30. Das ist billige Politik, und zwar nicht im Sinne von sparsamer Politik, sondern im Sinne von wenig verantwortungsvoller Politik. Es scheint so einfach, überall 5 % einzusparen mit dem Hintergedanken, dass es sowieso überall noch Reserven darin habe. Viele scheinen der Meinung zu sein, dass der Stadtrat uns sowieso immer ein Budget vorlege, bei dem noch viel gespart werden könnte. Deshalb würden diese Einsparungen um 5 % sowieso nichts machen, denn wir hätten ja keinen Leistungsabbau. Das haben wir jetzt heute Abend einige Male gehört. Umgekehrt haben wir von Jürg Schmid gehört, dass es drei Themen in der öffentlichen Ordnung gebe, welche Aufgabe der öffentlichen Hand und zentral seien, nämlich Infrastruktur, Bildung und Sicherheit. Bildung – das ist ja genau die Produktegruppe 30, Betrieb Volksschule. Für uns ist klar, dass dies ein schmerzhafter Eingriff ist. Das nimmt man nicht einfach so hin. Es ist auch ein Misstrauensvotum gegenüber allen beteiligten Personen. Wir stellen nicht in jeder Produktegruppe den Antrag, diese Kürzung um 5 % wieder rückgängig zu machen. Es gibt gewisse Produktegruppen, bei denen wir nichts gegen die

Kürzung sagen. Aber beim Betrieb Volksschule finden wir, dass das eine zu zentrale Aufgabe sei, als dass wir hier einfach Forfait erklären würden. Deshalb haben wir unseren obengenannten Antrag gestellt.

Marc Dübendorfer, Präsident: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Antrag der SP:

Der Antrag der SP wird mit 25 Nein-Stimmen gegen 23 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Marc Dübendorfer, Präsident: Bei der Produktegruppe 31 liegt ein Abänderungsantrag der Fraktion EVP/EW vor mit folgendem Wortlaut:

Der Einwohnerrat möge auf die mit Stabilo 1 beschlossene Massnahme 20, Erhöhung der Elternbeiträge für den Instrumentalunterricht, im Umfang von Fr. 50'000.- zurückkommen und einen Betrag von Fr. 25'000.- vorsehen (für das erste Schulsemester 2013/2014).

Therese Dietiker: Mit den Massnahmen zu Stabilo 1 wurden die Elternbeiträge an die Musikschule erhöht. Dies glücklicherweise nicht, wie in der Vorlage vorgesehen, um 150'000 Franken, sondern "nur" um 50'000 Franken pro Jahr. Musikunterricht soll für alle Kinder zugänglich sein und bleiben. Mich hat es in der letzten Zeit an Schulkonzerten sehr gefreut zu sehen, dass auch fremdsprachige Kinder ein Instrument erlernen. Das finde ich ganz toll und sie sollen es auch weiterhin tun können. Es ist ein allgemeines Volksbegehren, was die Abstimmung am 23. September für die Musikförderung mit einem riesigen Ja-Stimmen-Anteil zum Ausdruck gebracht hat. In Aarau sind es vor allem die Eltern und deren Kinder in der Primarschule, die stark subventioniert werden. Da haben unsere Schülerinnen und Schüler im Vergleich zu andern Gemeinden ein gutes Angebot, das wir in diesem Rat mit einer Motion bewusst so beschlossen haben. Erst in der Oberstufe wird der Musikunterricht vom Kanton stark mitfinanziert. Da können wir mit anderen Gemeinden verglichen werden. Offenbar vertrat der Kanton die Meinung, dass man ab der Oberstufe ein Instrument spielen sollte. Aber es ist eigentlich für uns alle im Saal klar: Instrumente beginnt man früh zu erlernen. Kinder beschäftigen sich in der Unterstufe damit und lassen sich dafür begeistern. Aus unserer Sicht macht es deshalb wenig Sinn, genau dort zu sparen. Kinder sollen ein Instrument lernen können, wenn es sie interessiert und nicht dann, wenn sie müssen und es billiger wird in der Oberstufe. Aus diesen Gründen hoffe ich auf Ihre Zustimmung zu unserem Antrag.

Marc Dübendorfer, Präsident: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Antrag der EVP/EW:

Der Antrag der EVP/EW wird mit 25 Nein-Stimmen gegen 23 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Marc Dübendorfer, Präsident: Bei der Produktegruppe 40 liegt keine Wortmeldung vor. Bei der Produktegruppe 41 liegt ein Abänderungsantrag der SP vor mit folgendem Wortlaut:

Die vor einem Jahr beschlossenen Kürzungen um 5 % sollen rückgängig gemacht und das Globalbudget um Fr. 6'600.- erhöht werden.

Lotty Fehlmann Stark: Zu der Kürzung um 5 % sage ich nichts mehr. Es geht um 6'600 Franken, das scheint nicht so viel zu sein. Es ist aber ein Zeichen. Es ist dieser Bereich der öffentlichen Hand, welcher, wie wir vorhin gehört haben "nice to have", aber überhaupt nicht zwingend sei. Wir sind da natürlich anderer Meinung, wie auch bei der Kultur und beim Sport. Das ist nicht einfach "Geld zum Fenster hinaus geworfen", sondern für alle Personen, welche das schätzen und brauchen, sehr wichtig, dies nicht zuletzt auch für die persönliche Entwicklung. Bei der Sozialarbeit ist ja klar, wer diese braucht. Deshalb setzen wir uns auch hier dafür ein, dass die Reduktion wieder rückgängig gemacht wird.

Marc Dübendorfer, Präsident: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Antrag der SP:

Der Antrag der SP wird mit 25 Nein-Stimmen gegen 23 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Marc Dübendorfer, Präsident: Bei der Produktegruppe 42 liegen drei Abänderungsanträge vor. Der Antrag der Fraktion Grüne/JETZT! lautet wie folgt:

Die vor einem Jahr beschlossenen Kürzungen um 5 % sollen rückgängig gemacht und das Globalbudget um Fr. 14'300.- erhöht werden.

Marc Dübendorfer, Präsident: Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Antrag der Fraktion Grüne/JETZT!:

Der Antrag der Fraktion Grüne/JETZT! wird mit 25 Nein-Stimmen gegen 23 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Marc Dübendorfer, Präsident: Der zweite Antrag zur Produktegruppe 42 wurde von der SP gestellt und lautet wie folgt:

Der Einwohnerrat möge auf die mit Stabilo 1 beschlossene Massnahme 25, Verzicht auf das Ü16-Angebot im Wenk, im Umfang von Fr. 28'000.-, zurückkommen und diesen Betrag in das Budget 2013 aufnehmen.

Thomas Hächler: Ein Ziel hätte ich noch, nämlich dass das Abstimmungsergebnis doch noch einmal anders ausfallen würde, als wir es bis jetzt heute Abend gehabt haben. Ich habe noch zwei Chancen, vielleicht schaffen wir das ja noch. Im Projektbericht Stabilo wird unter der Produktegruppe 42, Jugend, geschrieben, dass das Ü16-Angebot im Wenk ein komplementäres Angebot zum Flösserplatz biete. Nun stehen wir unter einem finanziellen Druck und es scheint mir, dass wir jetzt mal das Ü16-Angebot "opfern". Ach nein, das ist falsch, wir opfern es ja nicht, sondern integrieren es einfach an einem anderen Ort. Wenn im Bericht steht, dass keine Berührungspunkte zwischen den "Machern der beiden Veranstaltungsorten" bestehen,

ist dies lobenswert. Und doch sind wir der Auffassung, dass eine Einbindung in das Programm des Flösserplatzes nichts Gutes für dieses Angebot verheisst. Die örtliche Trennung des Angebots im Wenk zum Angebot im Flösserplatz macht Sinn, da die Kultur und Arbeitsweise beider Häuser eine andere ist. Deshalb wollen wir dieses Angebot im Wenk auch weiterhin unterstützen. Dies wäre jetzt Ihre erste Chance.

Marc Dübendorfer, Präsident: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Antrag der SP:

Der Antrag der SP wird mit 25 Nein-Stimmen gegen 23 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Marc Dübendorfer, Präsident: Der dritte Antrag zur Produktegruppe 42 wurde ebenfalls von der SP gestellt. Er lautet wie folgt:

Der Einwohnerrat möge auf die mit Stabulo 1 beschlossene Massnahme 24, Kürzung des regionalen Jugendkredits, im Umfang von Fr. 5'000.-, zurückkommen und diesen Betrag in das Budget 2013 aufnehmen.

Thomas Hächler: Es geht hier um eine Einsparung von 5'000 Franken. Von 2010 bis 2013 bestand das Legislaturziel, die regionale Jugendarbeit zu intensivieren, was man anfänglich mit einem jährlichen Budget von 30'000 Franken startete. Nach dem ersten Schnitt von 15'000 Franken will man jetzt erneut 5'000 Franken einsparen. Nun würden nur noch 10'000 Franken zur Verfügung stehen. Wir erachten eine regionale Zusammenarbeit der Jugendarbeit als wichtig. Insbesondere als Kantonshauptstadt mit Zentrumsfunktion sollten wir uns in diesem Bereich sicher engagieren. Mit einem Drittel des anfänglichen Budgets ist der positive Nutzen aber ziemlich in Frage gestellt. Im Politikplan 2012-2016 ist zu lesen, dass ab dem Jahr 2013 Massnahmen zur Umsetzung kommen werden, was mit Kostenfolgen verbunden sein werde. Da frage ich mich, wie man ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt das Budget in diesem Bereich auf einen Drittel streichen kann. Es scheint mir, dass wir für unser Image einen regionalen Jugendkredit sprechen wollen, dieser uns aber nichts kosten darf. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben schon einiges an Geld ausgegeben für dieses Projekt. Wenn wir jetzt das nötige Geld für die entsprechende Umsetzung nicht sprechen, so bekommt das Projekt gar keine Chance auf mögliche positive Auswirkungen.

Lukas Pfisterer, Stadtrat: Der Stadtrat hat bei diesem Thema die Initiative ergriffen. Wir sind auf die umliegenden Gemeinden zugegangen. Bisher sind sämtliche unserer Bemühungen für eine regionale Zusammenarbeit der Jugendarbeit gescheitert. Wir brauchen deshalb gar nicht so viel Geld dafür, wie wir ursprünglich gemeint haben. Auch deshalb wurde dieser Betrag gekürzt.

Marc Dübendorfer, Präsident: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Antrag der SP:

Der Antrag der SP wird mit 25 Nein-Stimmen gegen 23 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Marc Dübendorfer, Präsident: Bei den Produktgruppen 43-73 liegt eine Wortmeldung vor.

Thomas Richner: Ich möchte über die Produktgruppe 72, Abfallbewirtschaftung, sprechen. Ich weiss, dass es sich um einen Eigenwirtschaftsbetrieb handelt. Der Steuerfuss ist dafür nicht relevant. Trotzdem möchte ich etwas dazu sagen: Vor zwei Jahren haben Franziska Graf und ich eine Anfrage zur Kostensituation bei der Abfallentsorgung in Aarau gestellt. Im Vergleich mit dem damaligen Rohr sind die Kosten in Aarau beträchtlich höher. Es wurde uns damals mitgeteilt, dass es kaum Möglichkeiten zur Kosteneinsparung gäbe. Notabene hat man aber dann die Rechnung 2010 mit einer Einlage in die Spezialfinanzierung von 450'000 Franken oder 17 % der Gebühren abgeschlossen. Auch heute noch bin ich der gleichen Meinung: Die Abfallgebühren der Stadt Aarau sind zu hoch. Ich habe dazu Zahlen von umliegenden Gemeinden und ein paar Städten verglichen. Ausser Buchs sind alle angeschauten Gemeinden günstiger als Aarau, wobei es natürlich auch verschiedene Rechnungsmodelle oder angestrebte Deckungsgrade gibt (Suhr, Lenzburg und Brugg haben z. B. keine Grünabfuhrgebühren, dafür etwas höhere Sackgebühren). Interessant mag der Vergleich einmal mehr mit Baden sein, dort sind die Gebühren für Säcke mindestens 20 % günstiger, die Marken für die Grünabfuhr sogar 45 % günstiger als in Aarau. Das vorliegende Budget 2013 ist sehr vorsichtig erstellt worden. Man hat das Gefühl, dass bewusst Reserven geschaffen und die Einnahmen tief budgetiert werden. Zum Beispiel sind die Gebühreneinnahmen seit der Fusion immer höher gewesen als das, was man budgetiert hatte und auch als das, was man jetzt wieder budgetiert hat. Diese Art der Budgetierung ermöglicht dann auch, die internen Verrechnungen zu erhöhen, ohne dass das Resultat der Jahresrechnung beeinflusst wird. Selbst mit dem vorsichtigen Budget werden wir voraussichtlich wieder über 230'000 Franken in die Reserven legen. Ende 2013 werden in dieser Reserve 1,5 Mio. Franken liegen. Gemäss Politikplan ist bis 2016 aber nur ein Kehrichtwagen für 400'000 Franken zu ersetzen. Ich habe nochmals detailliert die Rechnung 2011 studiert und versucht, einen einfachen, schnellen Vorschlag zur Reduktion der Gebühren auf 2013 zu erarbeiten, z. B. die einfache Reduktion der Grünabfuhrvignette um 20 %. Dies entspricht aber nicht dem momentan angewandten Kostenteiler. Zudem erwarten wir ja von der Analyse des Werkhofes zusätzliche Optimierungen auch im Bereich Kehrichtabfuhr. Aus diesen Gründen empfehle ich dem Stadtrat, die Situation der Produktgruppe 72, basierend auf den Ergebnissen der Werkhofanalyse und der Rechnung 2012, genau zu analysieren und uns dann mit dem Budget 2014 eine deutliche Reduktion der Kehricht- und Grünabfuhrgebühren vorzuschlagen. Falls schon Reduktionen für 2013 machbar sind, bin ich natürlich nicht abgeneigt. Als einfach realisierbare Ideen könnte man z. B. jedem volljährigen Einwohner eine Rolle Kehrichtsäcke schenken oder einfach mal ein Jahr auf die Erhebung der Pauschale für Spezialabfahren verzichten. Ich hoffe, dass diese Empfehlung für das Budget 2014 aufgenommen wird und danke fürs Zuhören.

Marc Dübendorfer, Präsident: Zu der Investitionsrechnung und den Kennzahlen liegen keine Wortmeldungen vor. Somit schliessen wir die Detailberatung ab. Zuerst werden wir nun den Antrag der FGPK (Steuerfuss von 98 %) dem stadträtlichen Antrag (Steuerfuss 94 %) gegenüberstellen. Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Antrag der FGPK zum Steuerfuss

Antrag FGPK	Steuerfuss 98 %	23 Stimmen
Antrag Stadtrat	Steuerfuss 94 %	25 Stimmen

Der Antrag der FGPK wird **abgelehnt**.

Schlussabstimmungen

Abstimmung über den Antrag 1:

Der Einwohnerrat fasst mit 25 Ja-Stimmen gegen 23 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss

Der Voranschlag 2013 der Einwohnergemeinde Aarau mit den Globalaufträgen der Produktgruppen sowie mit einem Steuerfuss von 94 % wird genehmigt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 4 Abs. 3 der Gemeindeordnung dem obligatorischen Referendum.

Abstimmung über den Antrag 2:

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Die Produktgruppe 60 wird in "Stadtentwicklung/stadteigene Bauten/Umwelt" umbenannt unter gleichzeitiger, entsprechender Änderung des Anhangs zum WOSA-Reglement.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

67. Pensionskasse der Stadt Aarau; teilweise Ausfinanzierung der durch die Senkung des Umwandlungssatzes entstehenden Einbussen und Übernahme des Pensionierungsverlustes 2013

Mit Botschaft vom 27. August 2012 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft folgende

- Anträge:**
1. *Der Einwohnerrat möge die teilweise Ausfinanzierung der Leistungseinbussen nach dem in Ziffer 4 aufgeführten Modell und die Übernahme der daraus resultierenden Kosten in der Höhe von rund 1'540'000 Franken für die Einwohnergemeinde und die städtischen Altersheime genehmigen.*
 2. *Der Einwohnerrat möge die Übernahme des Pensionierungsverlustes des Jahres 2013 für die Einwohnergemeinde und die städtischen Altersheime in der Höhe von rund 168'000 Franken unter dem Vorbehalt, dass auch die anderen versicherten Arbeitgeber den Pensionierungsverlust ihrer im Jahr 2013 pensionierten Mitarbeiter/-innen tragen, genehmigen.*
 3. *Der Einwohnerrat möge die Übernahme der Ausfinanzierungskosten für "Aarau eusi gsund Stadt" in der Höhe von rund 74'000 Franken genehmigen.*
 4. *Der Einwohnerrat möge die Übernahme der Ausfinanzierungskosten für das Gemeinschaftszentrum Telli in der Höhe von rund 9'000 Franken genehmigen.*

Marc Dübendorfer, Präsident: Als Vorbemerkung kann ich mitteilen, dass Stadträtin Regina Jäggi und Stadtammann Marcel Guignard bei diesem Geschäft im Ausstand sind. Sie werden auch für die nachfolgenden Traktanden dispensiert sein. Man kann darüber diskutieren, ob das Ausstandsbegehren materiell begründet ist. Es gibt auch noch eine andere Ausstandsmitteilung. In der jetzt noch gültigen Gemeindeordnung – mit der Revision wird es dann hierbei eine kleine Abänderung geben – steht Folgendes in § 19: "Ein Mitglied des Einwohnerrates, das an einem Verhandlungsgegenstand unmittelbar und persönlich interessiert ist, hat vor der Abstimmung das Versammlungslokal zu verlassen. Das gilt auch, wenn das Interesse in der Person seines Ehegatten, seiner Eltern sowie seiner Kinder mit ihren Ehegatten gegeben ist." Wenn jemand mitteilt, dass er oder sie in den Ausstand tritt, wird dies nicht materiell überprüft. Es ist die eigene Entscheidung, ob man effektiv in den Ausstand hätte treten müssen oder nicht. Anders wäre es, wenn jemand an der Abstimmung teilnimmt, eigentlich aber hätte in den Ausstand treten müssen. Wenn das nachträglich festgestellt würde und Einfluss auf das Resultat gehabt hätte, weil der Ausgang knapp war, könnte es sein, dass eine solche Abstimmung wiederholt werden müsste. Einwohnerrat Jürg Schmid hat mitgeteilt, dass er als Mitglied des Stiftungsrates vor der Abstimmung in Ausstand treten wird. Bei der Beratung wird er noch anwesend bleiben, was ja auch nach Vorschrift erlaubt ist. Bei diesem Geschäft liegt

ein Abänderungsantrag der FGPK vor, wonach die Anträge 1, 3 und 4 ergänzt werden sollen mit dem Satzteil

[...]unter dem Vorbehalt, dass der Anschluss an eine Sammelstiftung per 01.01.2014 geprüft wird und diese Prüfung zu keiner besseren Lösung führt.

Marc Dübendorfer, Präsident: Im Rahmen der Debatte werden wir sicher noch darauf zu sprechen kommen, was mit diesem Abänderungsantrag genau gemeint ist. Das Eintreten auf die Vorlage wird nicht bestritten. Wir werden nur einmal über diesen Abänderungsantrag abstimmen. Das bedeutet, dass bei den Anträgen 1, 3 und 4 immer derselbe Satzteil hinten angefügt wird. Ich glaube, es bringt nichts, dass wir den FGPK-Antrag bei jedem der Einzelanträge ausmitteln. Wir werden also zuerst über den Abänderungsantrag abstimmen. Wenn dieser gutgeheissen wird, gilt er für alle drei Anträge 1, 3 und 4. Mit diesem Vorgehen sind alle einverstanden. Somit kommen wir zur Debatte und beginnen mit dem Kommissionsreferat.

Mario Serratore, Sprecher FGPK: Die FGPK hat an ihrer Sitzung vom 19. September 2012 über das Geschäft "Ausfinanzierung Pensionskasse der Stadt Aarau" beraten. Als Auskunftspersonen haben uns Stadtrat Beat Blattner und Madeleine Schweizer, Leiterin Finanzen und Liegenschaften, zur Verfügung gestanden. Mit Botschaft vom 27. August 2012 hat der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft vier Anträge unterbreitet. Bei allen Anträgen geht es um die Ausfinanzierungskosten, welche durch die Beschlüsse des Stiftungsrates der Pensionskasse entstehen. Die Auskunftspersonen haben einleitend festgehalten, dass es sich bei diesem Geschäft nicht um die Sanierung der Pensionskasse handelt, sondern darum, die Grundlagen zu festigen, um die weitere Zukunft der stadt eigenen Pensionskasse zu stabilisieren. Die Kommission hat ihrerseits ebenfalls einleitend festgehalten, dass es bei Anliegen, die sie einbringen will, nicht um Sparmassnahmen geht, sondern darum, die Situation der Pensionskasse und damit deren Versicherten zu verbessern. Dabei gehe es darum, dieses Geschäft auf zwei Ebenen zu betrachten. Die Ebene 1 betrifft die Gründe für die beschlossenen Massnahmen des Stiftungsrates der Pensionskasse, welche darauf hinzielen, die finanzielle Situation der Pensionskasse zu verbessern. Das ist der Auftrag des Stiftungsrates. Aus diesen Beschlüssen resultiert die vorliegende Botschaft. Die Gründe sind grundsätzlich nachvollziehbar, beruhen aber auf dem Umstand, dass man zwingend die eigene Pensionskasse autonom weiterführen möchte. Die Ebene 2 betrifft die Alternative zu den vom Stiftungsrat beschlossenen Massnahmen, nämlich die Möglichkeit, sich einer Sammelstiftung anzuschliessen. Hier ist nicht der Stiftungsrat, sondern die Stadt als Arbeitgeber zuständig. Auf Seite 8 der Botschaft wird auf diesen Punkt eingegangen. Zu den Gründen für die vom Stiftungsrat beschlossenen Massnahmen hat die Kommission verschiedene Bemerkungen angeführt. So zum Beispiel zur Aussage, dass das verfassungsmässige Ziel, welches vorsieht, dass zusammen mit der AHV mindestens 60% des bisherigen Lohnes erreicht wird, nur knapp erreicht werde, so nicht stimmt. Die Verfassung sieht dieses Leistungsziel nur für Löhne bis 83'000 Franken vor. Tatsächlich wird dieses Ziel in der PK der Stadt Aarau auch heute schon bei Löhnen bis 120'000 Franken erreicht. Weiter hat die Kommission bemerkt, dass es Sammelstiftungen gibt, welche aufgrund der besseren Versichertenstruktur (Verhältnis Aktive zu Rentner) einen höheren Rentenumwandlungssatz als den, welchen die Stadt Aarau heute noch hat, anwenden können und deshalb nicht auf höhere Beiträge angewiesen sind. Die Auskunftspersonen haben erwähnt, dass dem Stadtrat bewusst ist, dass es auch andere Pensionskassen gibt, man möchte aber deren risikoreichere Anlagestrategie nicht verantworten. Man sei sich auch bewusst, dass die PK der Stadt Aarau mit einem Verhältnis von zwei Aktiven auf einen Rentner keine gute Ausgangslage habe. Die Auskunftspersonen haben erwähnt, dass die Berufsschule Aarau als

Arbeitgeber den Anschlussvertrag gekündigt hat, um sich einer Sammelstiftung anzuschliessen, dies auf Anraten eines externen Beraters. Der Stadtrat hat deshalb ein Gespräch mit dem Berater der Berufsschule Aarau geführt und ist danach zum Schluss gekommen, man wolle sich nicht einer Sammelstiftung anschliessen, welche ein höheres Anlagerisiko eingehe. Die Kommission hat dann zum Ausdruck gebracht, dass es nicht darum gehe, sich der selben Sammelstiftung wie die Berufsschule Aarau anzuschliessen, sondern darum, weitere alternative Sammelstiftungen zu prüfen, welche nachweislich eine ähnliche oder sogar risikoärmere Anlagestrategie haben, gleichzeitig aber einen höheren Umwandlungssatz anwenden und auch tiefere Kosten ausweisen. Es sei offensichtlich, dass solche Sammelstiftungen nicht geprüft worden seien. Die Auskunftspersonen haben denn auch bestätigt, dass keine Offerten von Sammelstiftungen eingeholt worden sind, um einen Vergleich zur PK der Stadt Aarau anstellen zu können. Weiter war die Kommission der Auffassung, dass man aus diesem Grund die Beschlüsse des Stiftungsrates um ein Jahr aufschieben und, wenn überhaupt, erst nach einer solchen Prüfung umsetzen sollte. Die Auskunftspersonen haben darauf aufmerksam gemacht, dass es eher schwierig sei, dass der Stiftungsrat auf diese Beschlüsse zurückkommen würde. Die Punkte 1 bis 4 der Botschaft seien grundsätzlich beschlossen. Der Einwohnerrat könne daran nichts ändern. Die einzige Möglichkeit sei die Rückweisung des Geschäfts, was dann aber zu Unsicherheiten bei den Angestellten führen könnte, vor allem bei denjenigen, die kurz vor der Pensionierung stehen. Die Kommission hat anschliessend diskutiert, wie man eine win-win-Situation für das Personal und die Stadt erreichen könnte. Die von Seiten der Kommission gemachten Vorabklärungen haben ergeben, dass ein allfälliger Wechsel zu einer Sammelstiftung folgende Vorteile bringen könnte: 1. Der Umwandlungssatz muss nicht gesenkt werden, dadurch bleiben die Altersrenten der Versicherten auch nach dem 01.01.2014 unverändert. Als Folge davon könnte die Stadt die sonst nötige Einlage von rund 1,5 Mio. Franken einsparen. 2. Eine Sammelstiftung könnte auf die beschlossenen, höheren Beiträge der Stadt und der Versicherten verzichten. Das bedeutet für die Stadt Aarau pro Jahr über 400'000 Franken weniger Ausgaben und für die Versicherten fast 300'000 weniger Lohnabzüge. 3. Bei einem Anschluss an eine Sammelstiftung würde das Verhältnis Aktive/Rentner von heute 2:1 wesentlich verbessert, da in einem grösseren Verbund wesentlich mehr Aktive vorhanden sind. Die Auskunftspersonen haben signalisiert, dass der Stadtrat gegen eine solche Prüfung nichts einzuwenden hätte. Aus diesem Grund hat die Kommission einstimmig folgendes beschlossen: Antrag 2 kann unverändert genehmigt werden. Die Anträge 1,3 und 4 des Stadtrates zur Ausfinanzierung der Pensionskasse seien zwar zu genehmigen, aber unter dem Vorbehalt, dass die Stadt den Anschluss an eine Sammelstiftung per 01.01.2014 prüft und dass diese Prüfung zu keiner besseren Lösung führen würde. Die FGPK empfiehlt deshalb dem Einwohnerrat, diesem Änderungsantrag ebenfalls so zuzustimmen.

Ich füge gerne noch einige Ergänzungen aus Sicht der FDP-Fraktion an: Sie haben soeben den Antrag, den die FGPK gestellt hat, gehört. Die FDP-Fraktion wird diesen Antrag unterstützen. Wir möchten, dass Sie es auch tun. Die Altersvorsorge ist ein wichtiges, aber auch äusserst komplexes Thema, deshalb ist es nötig, die näheren Umstände zu verstehen, um eine fundierte Entscheidungsgrundlage zu erhalten. Ich werde mit meinen nachfolgenden Ausführungen versuchen, in diesem Sinne einen Beitrag zu leisten, um Ihnen die Entscheidung zu erleichtern. Ich werde zu diesem Zweck die wichtigsten Punkte in diesem Bericht aufgreifen und kommentieren. Was mir sogleich ins Auge gestochen ist, ist der Satz am Schluss von Punkt 1.1 auf Seite 2: "Die Pensionskasse der Stadt Aarau ist kein Sanierungsfall." Mein Kommentar dazu: Das stimmt, aber man hätte schreiben müssen "... noch kein Sanierungsfall." Was der Stiftungsrat der Pensionskasse auf Anraten des PK-Experten beschlossen hat, ist nichts anderes als eine Sanierung auf Vorrat bzw. im Voraus. Ich komme noch darauf zurück.

Nochmals zur ersten Seite, Punkt 1.1, erster Satz: Dort steht, dass die Pensionskasse Ende letzten Jahres 891 aktive Versicherte und 425 Rentner zählte. Dies bedeutet, dass auf zwei Aktive ein Rentner entfällt. Oder, in der Pensionskassensprache ausgedrückt, ist das eine Versichertenstruktur im Verhältnis von 2:1. Wozu dies führt, ist im Geschäftsbericht 2011 der Pensionskasse auf Seite 10 nachzulesen. Die PK hatte im Jahr 2011 für rund 17,1 Mio. Franken Zuflüsse aus Beiträgen und Eintrittsleistungen und für 17,4 Mio. Franken Abflüsse für Rentenverpflichtungen und Austrittsleistungen. Das heisst also, dass die PK die laufenden Verpflichtungen nicht aus den Einnahmen decken kann. Und dies wiederum heisst, dass die PK einen Teil der Anlagen liquid halten muss und nicht anlegen kann. Was nicht angelegt ist, kann nicht rentieren. Hätte man mehr aktive Versicherte, wäre dieses Problem schon mal gelöst. Auf Seite 2 wird ein Benchmarkvergleich gemacht und erwähnt, dass sowohl die Beiträge wie auch die Altersleistungen am unteren Ende liegen. Bei den Leistungen wird das damit begründet, dass die Verfassung vorschreibe, im Pensionsalter müsse aus AHV und BVG-Rente mindestens 60 % des bisherigen Einkommens gedeckt sein. Zuerst muss hier erwähnt werden, dass die Verfassung auch vorschreibt, die AHV müsse die Existenz sichern. Ob das mit einer Rente von maximal 2'300 Franken pro Monat der Fall ist, können Sie selber beurteilen. Darum ist die Verfassung in diesem Punkt nicht wirklich ernst zu nehmen. Zudem geht es bei dieser Bestimmung nur um die sog. obligatorischen Löhne bis rund 83'000 Franken. Die Lohnanteile über diesem Betrag sind nicht gemeint. Wenn wir nun aber hingehen und schauen, wie hoch die Altersleistungen der PK der Stadt Aarau wirklich sind, ist feststellbar, dass dieser Leistungsquotient von 60 % bis zu einem Jahreslohn von 120'000 Franken erfüllt ist. Machen Sie die Rechnung selber: In der Tabelle auf Seite 2 steht bei der PK der Stadt Aarau beim Leistungsquotient im Alter 65 ein Wert von 37,46 %. Das heisst also, bei einem Lohn von 100'000 Franken bekommt diese Person ein Rente von 37'000 Franken pro Jahr. Jetzt zählen Sie die AHV-Maximalrente von 27'000 Franken dazu, und wir erhalten ein gesamtes Renteneinkommen von 64'000 Franken. Bei einem Lohn von 100'000 Franken sind das 64 %. Bei einem Lohn von 120'000 Franken sind es immer noch 60 %. Ich behaupte, die meisten der Stadtangestellten sind unter dieser Lohnschwelle. Für die allermeisten ist das Verfassungsziel also sicher mindestens erreicht oder sogar übertroffen. Es ist also nicht einzusehen, wieso im Bericht auf Seite 3 unten von "unterdurchschnittlichen Leistungen" gesprochen wird. Das ist schlicht nicht wahr. Weiter wird behauptet, dass auch die Sparbeiträge am unteren Ende des Benchmarks liegen. Gemäss Gesetz betragen die Altersgutschriften im Alter zwischen 55 und 65 Jahren im Total 18 % des versicherten Lohnes, wohlverstanden nur für Löhne bis 83'000 Franken. In der PK der Stadt Aarau beträgt dieser Satz 19 % und zwar auch auf dem die 83'000 Franken übersteigenden Lohn. Auf Seite 3, Punkt 1.3, dritter Absatz, erste Linie, ist zu lesen: "Der Stiftungsrat hat den PK-Experten beauftragt, im Sinne seiner Empfehlung... Diskussionsgrundlagen zu erarbeiten..." Auf Seite 4 oben steht: "Aus diesen Gründen sah sich der Stiftungsrat verpflichtet, gestützt auf die Empfehlungen des PK-Experten... folgende Beschlüsse zu fassen:..." Meine Damen und Herren, auf keinen Fall will ich die Kompetenz des PK-Experten anzweifeln. Was er dem Stiftungsrat empfohlen hat, ist richtig, um das Fortbestehen der Pensionskasse der Stadt Aarau zu ermöglichen. Aber wo bitte steht denn geschrieben, dass die Stadt Aarau zwingend eine eigene PK haben muss bzw. behalten soll und sich nicht einer Sammelstiftung anschliessen soll? Und was wir auch wissen müssen, und dies meine ich nicht wertend: Der PK-Experte ist von der Stiftung beauftragt, er hat also ein bezahltes Beratungsmandat, welches nur solange besteht, solange die Stiftung existiert. Einen Vorschlag, den Anschluss an eine Sammelstiftung zu prüfen, führt zur Liquidation der Stiftung und der PK-Experte wäre seinen Auftrag los. Es ist also verständlich, dass vom PK-Experten kein solcher Vorschlag zu erwarten ist. Schauen wir uns die Beschlüsse nun mal an. Ich fange beim Beschluss Nr. 4 an, Erhöhung der Beiträge, damit das Leistungsziel erreicht

wird. Sie erinnern sich, was ich vorher gesagt habe: Dieses Leistungsziel von 60 % des letzten Lohnes ist beim heutigen Stand absolut in Ordnung, vorausgesetzt der Umwandlungssatz wird nicht gesenkt. Darauf komme ich auch noch zu sprechen. Auf Seite 4 sehen wir, was das kostet: Für die Einwohnergemeinde sind das rund 437'000 Franken pro Jahr. Im Bericht auf Seite 4 steht, dass dies gebundene Ausgaben sind. Ob gebunden oder nicht gebunden, ist mir eigentlich egal. Es sind Ausgaben und fertig. Aber auch die Angestellten der Stadt müssen dann mit höheren Lohnabzügen rechnen, nämlich rund 1,2 % auf dem versicherten Lohn. Bei einem Lohn von 90'000 Franken sind das rund 800 Franken pro Jahr. Für alle zusammen macht das ca. 290'000 Franken pro Jahr aus. Und wohlverstanden: Dafür gibt es später nicht mehr Rente, sie soll einfach nicht tiefer ausfallen. Es ist also keine Verbesserung. Beschluss Nr. 3, Reduktion des Umwandlungssatzes von aktuell 6,5 % auf neu 5,9 % per 1. Januar 2014. Das heisst, für 100'000 Franken Kapital erhalte ich nur noch 5'900 Franken Rente pro Jahr statt 6'500 Franken. In Punkt 4 des Berichts auf Seite 5 steht deshalb: "Durch die Senkung des UWS entstehen den Mitarbeitern Einbussen gegenüber den auf dem Versicherungsausweis aufgeführten Renten." Da muss ich sagen: Ja, das stimmt. Man muss aber auch klar festhalten, dass dies vor einigen Jahren schon Hunderttausenden von Versicherten so ergangen ist. Ich bin sicher, dass einige von uns hier im Rat dasselbe auch erlebt haben. Aber dies erwähne ich nur nebenbei. Nun aber zu den Kosten dieser Übung: Für die Einwohnergemeinde samt Altersheime sind das rund 1,5 Mio. Franken. Die IBA ist zwar ein eigener Arbeitgeber, der aber mehrheitlich der Stadt Aarau gehört. Insofern müssten wir also die rund 700'000 Franken, welche die IBA tragen muss, auch dazuzählen. Wir sprechen also von über 2 Mio. Franken. Ich erinnere daran, dass vor nicht allzu langer Zeit die PK mit 4 Mio. Franken an Steuergeldern gespiesen worden ist, um die damalige Unterdeckung zu beseitigen. Jetzt kommen also nochmals einmalig 2 Mio. Franken und jährlich 800'000 Franken Beiträge dazu. Und was lesen wir auf Seite 7 des Berichts im zweiten Absatz? "Die Pensionskasse ist zwar kein Sanierungsfall, allerdings bestehen auch keine Reserven" Also ist es eine Sanierung auf Vorrat, so sage ich dem. Auf Seite 4 des Berichts steht nun, dass der Einwohnerrat über Punkt 5 der Beschlüsse des Stiftungsrates befinden kann, nämlich über die Empfehlung, dass die Stadt die Ausfinanzierungs- und Umstellungskosten übernehmen soll – oder eben nicht. Was heisst das jetzt für uns? Wir können dem Antrag des Stadtrates folgen, die Finanzierung gutheissen und hoffen, dass wir in ein paar Jahren nicht wieder die gleichen Diskussionen führen müssen. Wir könnten die Finanzierung aber auch verweigern. Was dann genau passieren würde, ist nicht klar. Es gäbe aber sicher ziemliche Unruhe bei den Angestellten, vor allem bei denen, die kurz vor der Pensionierung stehen.

Marc Dübendorfer, Präsident: Das Zeitkontingent von zehn Minuten pro Redner ist ausgeschöpft.

Mario Serratore: Also, ich habe nicht mehr lange. Wir konnten hören, dass die Berufsschule der Stadt Aarau als Arbeitgeberin den Anschluss zur Pensionskasse gekündigt hat. Inzwischen weiss man auch, dass sie sich einer Sammelstiftung angeschlossen hat. Über die Gründe muss man nicht spekulieren. Es ist nämlich ganz einfach: Die Berufsschule erspart sich durch den Wechsel nicht nur die Ausfinanzierungskosten, nein, sie kann sogar darauf verzichten, die Beiträge zu erhöhen und die Versicherten erhalten trotzdem mindestens die gleiche Rente wie früher. Weshalb hat der Stadtrat den Wechsel zu einer Sammelstiftung nicht auch geprüft? Die Begründung war, dass man Angst habe, in eine Pensionskasse einzusteigen, welche zu viele Aktien besitze. Nur nebenbei: Die PK der Stadt Aarau besitzt 30 % Aktien. Darauf kommt es eigentlich gar nicht darauf an. Es geht eigentlich nur darum, ob man in einem Verbund mit einer guten Versichertenstruktur sei oder eben mit einer schlechten. Ich komme zum

Schluss: Der Stiftungsrat hat nun einen Beschluss gefasst. Der Einwohnerrat kann das entsprechend korrigieren, indem wir die Anträge der FGPK unterstützen. Es entsteht kein Schaden. Der Stadtrat soll einfach prüfen, ob ein Anschluss an eine Sammelstiftung ein besseres oder einfacheres Resultat erbringen würde, als an der eigenen PK festzuhalten. Ich empfehle Ihnen, dem Antrag der FGPK so beizupflichten und ihn zu unterstützen.

Jürg Dietiker: Die SP-Fraktion unterstützt den von der FGPK gefassten Beschluss mit den entsprechenden Abänderungsanträgen der FGPK. Zur Ausfinanzierung bleibt dem Einwohnerrat gemäss Bericht und Antrag des Stadtrates und dem Protokoll der FGPK nur das Durchwinken, da die betreffenden Beschlüsse vom Stiftungsrat der PK Aarau bereits gefasst wurden, oder es werden Alternativen zur bestehenden PK Aarau geprüft. Dies erscheint uns sinnvoll. Es geht der SP nicht darum, "nur" die jetzt anfallenden Sanierungsmassnahmen allenfalls zu umgehen. Im Umgang mit Pensionskassengeldern tragen alle Beteiligten eine zu grosse Verantwortung, als dass man jetzt vorschnell zur nächstbesten, sprich im Moment allenfalls finanziell attraktivsten, Sammelstiftung wechselt. Mittel- bis langfristig ist jede PK mit einer demographischen Entwicklung konfrontiert, welche die Finanzierung der Pension immer schwieriger macht. Wir unterstützen eine sorgfältige Prüfung von Alternativen zur bestehenden PK. Ein wichtiges Kriterium ist dabei die Altersdurchmischung der möglichen Sammelstiftungen. Anders als die relativ kleine PK Aarau haben grosse Sammelstiftungen einen gewissen Spielraum, der Demografiefalle mit einer gezielten Auswahl ihrer Mitglieder entgegenzuwirken. Auch haben grosse Sammelstiftungen mehr Potential für professionellere Strukturen und Bewirtschaftung. Ein weiteres, für uns sehr wichtiges Kriterium ist die Sicherheit. Rendite der Anlagen und ein dementsprechend hoher Umwandlungssatz dürfen nicht die alleinigen Vergleichswerte sein. Hier ist es wichtig, genau hinzuschauen, wie die Vergleichszahlen entstehen, sprich, welche allfälligen Risiken bei der Anlagepolitik eingegangen werden. Ich bin als Arbeitnehmer vom Wechsel der BSA von der PK Aarau zu einer Sammelstiftung direkt betroffen. Der Entscheid wurde bereits gefällt, weshalb ich wohl nicht in den Ausstand treten muss. Ich habe das Vorgehen der Schulleitung und dem Schulvorstand als transparent und fair erlebt. Wichtig für die Betroffenen war die gute Information über das Vorgehen, die möglichen Vor- und Nachteile und möglichen Risiken. Es wurde eine Konsultativabstimmung durchgeführt, bei welcher sich die Anwesenden praktisch einstimmig für einen Wechsel aussprachen. Falls für die PK Aarau bessere Lösungen oder Offerten, wie von der Kommission gefordert, vorliegen sollten, ist es für die SP sehr wichtig, dass auch die versicherten Angestellten gut informiert werden und ihnen, wenn irgendwie möglich, ein Mitspracherecht eingeräumt wird. Nur so kann garantiert werden, dass für die Zukunft eine gute und tragfähige Lösung gefunden wird. Ein Festhalten an der bisherigen PK Aarau kann Sinn machen. Es bedeutet aber auf keinen Fall garantierte Sicherheit. Die heute zur Debatte stehenden Sanierungsbeiträge sind bereits die dritte Massnahme seit 2007. Damals ging es um den Primatwechsel. 2009 musste die Stadt als Arbeitgeber einen weiteren Zusatzbeitrag leisten, um den obligatorischen Deckungsgrad zu erreichen. Es gibt Sammelstiftungen, die im gleichen Zeitraum ohne Sanierungsmassnahmen über die Runden kamen. Auch deshalb lohnt es sich, über die Bücher zu gehen und allenfalls einen Kassenwechsel vorzunehmen.

Irene Bugmann Oelhafen: Mit Erstaunen haben die "Dienstälteren" unserer Fraktion von der Vorlage Kenntnis genommen, hatte der Rat doch erst 2008 eine "Finanzspritze" zugunsten der Pensionskasse der Stadt Aarau bewilligt. Und nun soll die Pensionskasse bereits wieder eine teilweise Ausfinanzierung benötigen! Dass der Stiftungsrat die Pensionskasse gesund und die Stadt ihre Angestellten schadlos halten will, ist verantwortungsvoll bzw. nachvollziehbar. Wie wir alle wissen, werden in den nächsten Jahren etliche Angestellte der Stadt aus hohen

und höchsten Lohnklassen in Rente gehen. Dieser Umstand ist seit längerem absehbar. Die Ein- und Auszahlungen haben sich in den letzten Jahren die Waage gehalten, grössere Reserven konnten damit keine angelegt werden. Als Folge davon hat der Stiftungsrat gehandelt und den Umwandlungssatz gesenkt. Dem Einwohnerrat liegt der Antrag des Stadtrates kurzfristig und mit sehr wenigen Vorabklärungen vor. Sozusagen mit dem Messer am Hals wird dem Einwohnerrat der Antrag gestellt, die teilweise Ausfinanzierung zu bewilligen, ansonsten die neuen Rentenbezügler Verluste hinnehmen müssten. Mit der zu bewilligenden Ausfinanzierung werden die in den nächsten Jahren in Rente gehenden Stadtangestellten vor Verlusten verschont, die Pensionskasse jedoch wird nur kurzfristig ins Lot gebracht. Langfristig muss also eine andere Lösung gefunden werden. Die Fraktion Pro Aarau - EVP/EW - GLP stimmt deshalb dem Antrag der FGPK ebenfalls zu. Wir fordern den Stadtrat ebenfalls auf, den Anschluss an eine Sammelstiftung zu prüfen und mehrere Offerten einzuholen. Falls eine bessere, nachhaltig langfristige Lösung gefunden wird, ist diese termingerecht für einen guten Entscheid dem Einwohnerrat vorzulegen.

Lukas Häusermann: Die zweite Säule der Altersvorsorge, die Pensionskasse, ist ein wichtiger Bestandteil des Schweizerischen Sozialsystems. Auch für alle Angestellten werden die Reglemente und Zinssätze der Pensionskassen immer wichtiger. Viele, vor allem die jüngeren Arbeitnehmer fragen sich angesichts der sinkenden Zinsen, ob sie nach der Erwerbstätigkeit einen angemessenen Beitrag an ihren Lebensabend erwarten dürfen. Bei öffentlichen Kassen kommt hinzu, dass Steuergelder verwendet werden müssen, die wohl alle lieber anderswo investiert hätten. Die Stadt Aarau muss also für gute Mitarbeiter attraktive Bedingungen bieten und gleichzeitig das Risiko minimieren, dass eine Unterdeckung entsteht. Das hat sie bis anhin auch gut bewerkstelligt. Für die CVP-Fraktion ist es wichtig, dass die Stadt Aarau weiterhin eine solide Pensionskasse hat, welche gute Leistungen bieten kann. Die Stadt muss diese Leistungen aber unserer Meinung nach nicht unbedingt selber anbieten können. Deshalb unterstützen wir die Anträge der FGPK, den Anschluss an eine Sammelstiftung per 1.1.2014 zu prüfen.

Susanne Heuberger: Wir haben es insbesondere bei den Ausführungen von Mario Serratore gemerkt, dass er sich sehr intensiv mit dieser Sache beschäftigt hat. Es ist ein sehr grosses Wissen bei ihm vorhanden. Sehr wahrscheinlich hat nicht ganz alles gestimmt, was er gesagt hat, aber die Stossrichtung ist sicher richtig. Die nicht zuletzt im Gefolge der Finanzkrise geringeren Renditen an den Finanzmärkten machen auch vor den Pensionsvermögen nicht halt. Eine nachhaltige Erholung dieser Märkte ist nicht in Sicht. Gleichzeitig steigt die Lebenserwartung weiterhin an, was ja grundsätzlich erfreulich ist. Diese zwei Komponenten wirken sich massgeblich auf die Zukunft der 2. Säule aus. Auch unsere städtische Pensionskasse bleibt von diesen Entwicklungen nicht verschont, wie viele andere auch nicht. Obwohl die Verantwortlichen eine umsichtige Anlagestrategie betreiben, drängten sich für den Stiftungsrat verschiedenste Massnahmen und Anpassungen auf, damit die PK ihren Mitgliedern unter den heutigen Voraussetzungen dereinst die versprochene oder zugesagte Ausschüttung der Altersguthaben ausrichten kann. Von diesen, im alleinigen Verantwortungsbereich des Stiftungsrates liegenden Korrekturen, hat die SVP-Fraktion Kenntnis genommen. Weiter unterstützt unsere Fraktion den Antrag bzw. den Konsensentscheid der FGPK. Es erscheint uns ebenfalls sinnvoll, vor einer Ausfinanzierung der Leistungseinbussen zumindest eine Anschlusslösung an eine Sammelstiftung konkret zu prüfen und dabei die Leistungen mit denjenigen der PK der Stadt Aarau zu vergleichen. Findet sich eine Lösung mit einer Sammelstiftung, welche bei mindestens vergleichbaren, eventuell sogar besseren Versicherungsleistungen eine Ausfinanzierung erübrigt, welche ja notabene durch Steuergelder finanziert werden

muss, sollte ein Wechsel der Pensionskassenlösung vorgenommen werden. Die Diskussionen sowohl in der FGPK als auch in unserer Fraktion haben gezeigt, dass das Know-how zur komplexen Thematik 2. Säule über weite Strecken fehlt oder sich mühsam erarbeitet werden muss. Auch der Stadtrat hat in dieser Hinsicht, insbesondere um seine Führungsverantwortung wahrzunehmen, wohl noch die eine oder andere Hausaufgabe zu lösen. Der angestossene Stabulo-Prozess fordert eine vermehrte Überprüfung der städtischen Aufgaben und Verpflichtungen und dies nach unserer Auffassung in wiederkehrenden Abständen, und nicht nur im Jahr 2013 mit Stabulo 2. Darunter fällt auch die gewählte Pensionskassenlösung. Wir zählen darauf, dass uns die Exekutive bezüglich Stand der heute hoffentlich beschlossenen, zusätzlichen Abklärungen transparent und zeitnah auf dem Laufenden hält.

Beat Blattner, Stadtrat: Es sind bereits sehr viele Sachen genannt worden. Herr Serratore hat ausführlich wiederholt, was in der FGPK ausdiskutiert wurde. Deshalb versuche ich, mich etwas kurz zu fassen. Die Pensionskasse der Stadt Aarau hat in den letzten Jahren mit mehr als 3 % eine gute Performance erreicht. Das lag über dem für uns vergleichbaren Benchmark. Es gab ein Auf und Ab, aber das gab es bei anderen Pensionskassen auch. Der Deckungsgrad erfordert keine Sanierungsmassnahmen. Der Cashflow ist negativ. Das ist ganz schlecht und hat mit dem für uns sehr unglücklichen Verhältnis zwischen Aktiven und Rentnern zu tun. Ich erkläre das nicht noch einmal, aber man weiss, dass bei Sammelstiftungen dieses Verhältnis bei bis 9:1 steht. Solche Sammelstiftungen konnten sogar gerichtlich durchsetzen, dass sie mit einem tieferen Prozentsatz als 90 % nicht einmal Sanierungsbeiträge verlangen mussten, weil sie innert kürzester Zeit wieder aus diesem Verhältnis heraus Rentnerkapital schaffen konnten. Sie haben alle gesehen, was es braucht, um diesen Cashflow zu verbessern: Reduktion des Umwandlungssatzes, technischer Zinssatz, versicherungstechnische Grundlagen, Sparbeitragerhöhung – das alles war vom Stiftungsrat beschlossen worden. Der Stiftungsrat hat auch Empfehlungen abgegeben: die Ausfinanzierung für ältere Arbeitnehmerinnen/-nehmer und die für den Pensionierungsverlust 2013 durch Inkraftsetzen des Umwandlungssatzes erst auf das Jahr 2014. Das hat auch mit unserem Personalreglement zu tun, wie auch mit demjenigen der IBAarau AG. Darin ist vorgesehen, dass man die Pensionierung jeweils ein Jahr im Voraus dem Arbeitgeber ankündigen muss. Wenn ich die Stimmung hier im Rat höre, ist es im Moment vielleicht noch wichtig, darauf einzugehen, was das wirklich bedeutet. Ich persönlich war nicht dabei an der FGPK-Sitzung. Diese Lösungs- und Konsensfindung in der FGPK habe ich aber als ausserordentlich positiv angeschaut. Das könnte für die weitere Politik dieser Stadt ein Vorbild sein. Das Geschäft wurde nicht einfach zurückgewiesen und dem Stadtrat gesagt, er habe seine Hausaufgaben wieder nicht gemacht, sondern es wurde zugesagt, dass man im Notfall, also wenn es nichts Klügeres gäbe, bereit sei, die vorgeschlagenen Beiträge zu sprechen. Aber der Stadtrat habe eine Aufgabe nicht gelöst. Der Stadtrat war der Meinung, dies getan zu haben, aber vielleicht nicht so ausgiebig, wie es verlangt worden ist. Der Stadtrat hat mit dem Pensionskassenexperten, welcher die Berufsschule in der Telli beraten hat, ein Gespräch geführt. Mit dabei war auch der jetzige Pensionskassenexperte der Stadt Aarau. Der Stadtrat wollte, dass die beiden Experten das Thema besprachen. Der Stadtrat hat dabei zugehört. Ebenfalls waren drei Vertreter der IBAarau anwesend. Die Vertreter der Berufsschule wollten nicht dabei sein. Aufgrund der Aussagen schätzte der Stadtrat die Risikobereitschaft der Sammelstiftung als zu gross ein. Es handelt sich dabei um eine kleinere Sammelstiftung, welcher nicht so viele Mitglieder angeschlossen sind. Sie besitzt aber ein gutes Verhältnis zwischen Aktiven und Rentnern. Wie auch in der FGPK gesagt wurde, wäre es sinnvoll, wenn die PK der Stadt Aarau, falls sie einen Wechsel vornehmen will, auch grössere Pensionskassen mit einer grösseren Zahl von angeschlossenen Mitgliedern offerieren lassen würde. Der Stadtrat wird dann gerne auf die von Mario Serratore vorgelegten Papiere zurückgreifen, um

zu wissen, woher die ganz guten Angebote kommen könnten. Es ist äusserst schwierig, das zu untersuchen. Es liegt auch daran, ob eine solche Sammelstiftung offen und sauber über ihren Stand informiert. Es darf nicht sein, dass wir jetzt dem Personal eine offerierte Lösung vorschlagen mit z. B. vertraglichen Bedingungen, dass keine Kosten übernommen werden müssen, alles gleich bleibe und auch ein höherer Umwandlungssatz angewandt werde und nach drei Jahren alles wieder anders aussieht, sodass wir mit derselben Übung beschäftigt sind und wir uns fragen, ob wir wieder zu einer anderen Sammelstiftung wechseln müssen. Das wäre so, wie wenn man die Krankenkasse jedes Jahr oder jedes zweite Jahr wechseln würde. Auch dort sind die Kosten und Leistungen wieder etwas verschieden. Die Rangliste ist nicht immer dieselbe. Wir müssen also vorsichtig sein. Wir müssen bei den Abklärungen schauen, dass wir keine Leichen im Keller der Sammelstiftungen übernehmen und wir keine Vertragswerke unterzeichnen, welche uns nach zwei bis drei Jahren genau gleich wieder Sorgen bereiten. Das muss das wichtigste unserer Ziele sein. Wir hoffen, dass wir das in einer vernünftigen Zeit lösen können. Ich bin nicht sicher, ob uns das bis Ende Jahr gelingen wird. Der Stadtrat ist der Meinung, dass die Arbeitnehmenden der Stadt informiert werden müssen, was der Stadtrat dann allenfalls vorsieht. Das braucht seine Zeit. Wir werden uns aber sicher bemühen, vorwärts zu machen. Der Stadtrat akzeptiert auch, dass er ev. mehr Offerten einholen muss, als sich der Stadtrat bei der Vorbereitung dieses Geschäfts erkundigt hatte. Er wird das anpacken. Der Stadtrat hofft natürlich auch, dass er eine Superlösung ohne irgendwelche Fussangeln finden wird, denn es geht um die Steuerzahlenden und die Mitarbeitenden. Das sind zwei ganz wichtige Sachen für Aarau, bei denen der Stadtrat seine Aufgabe wahrnehmen muss. Für die Lösung muss er gerade stehen. Wir werden das voraussichtlich mit der IBAarau AG angehen. Die IBAarau AG war bis jetzt der Meinung, dass sie nicht aus der PK der Stadt Aarau austreten möchte. Jetzt wissen wir, dass die BSA ausgetreten ist. Nun werden wir uns wahrscheinlich mit der IBAarau AG auf der Suche nach der allerbesten Lösung zugunsten der Steuerzahlenden und Mitarbeitenden zusammentun. Das wird uns etwas kosten, das ist klar. Auch wir werden eine gewisse Beratung in Anspruch nehmen müssen, damit wir wissen, dass wir nicht in etwas reinfallen werden, was wir vielleicht nicht gesehen haben. Insofern danke ich noch einmal für diesen interessanten Weg, welcher hier gemacht worden ist. Der Stadtrat wird darüber informieren, was bei dem, was sie voraussichtlich heute Abend beschliessen, herausgekommen ist.

Marc Dübendorfer, Präsident: Die Anträge 1, 3 und 4 sind jeweils mit der Ergänzung durch den Antrag der FGPK mit dem sog. Genehmigungsvorbehalt versehen worden. Dieser lautet wie folgt:

[...]unter dem Vorbehalt, dass der Anschluss an eine Sammelstiftung per 01.01.2014 geprüft wird und diese Prüfung zu keiner besseren Lösung führt.

Marc Dübendorfer, Präsident: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Genehmigungsvorbehalt der FGPK (Ausstand von Jürg Schmid):

Der Genehmigungsvorbehalt der FGPK wird einstimmig **angenommen**.

Marc Dübendorfer, Präsident: Jürg Schmid hätte eigentlich laut Gemeindeordnung vor der Abstimmung den Saal verlassen müssen. Ich entschuldige mich, dass ich das übersehen habe.

Bei der Abstimmung ist Jürg Schmid im Saal verblieben. Er hat aber nicht abgestimmt. Verlangt jemand die Wiederholung dieser Abstimmung? Das ist nicht der Fall. Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zu den

Schlussabstimmungen

Abstimmung über den ergänzten Antrag 1:

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat genehmigt die teilweise Ausfinanzierung der Leistungseinbussen nach dem in Ziffer 4 aufgeführten Modell und die Übernahme der daraus resultierenden Kosten in der Höhe von rund 1'540'000 Franken für die Einwohnergemeinde und die städtischen Altersheime unter dem Vorbehalt, dass der Anschluss an eine Sammelstiftung per 01.01.2014 geprüft wird und diese Prüfung zu keiner besseren Lösung führt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

Abstimmung über den Antrag 2:

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat genehmigt die Übernahme des Pensionierungsverlustes des Jahres 2013 für die Einwohnergemeinde und die städtischen Altersheime in der Höhe von rund 168'000 Franken unter dem Vorbehalt, dass auch die anderen versicherten Arbeitgeber den Pensionierungsverlust ihrer im Jahr 2013 pensionierten Mitarbeiter/-innen tragen.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

Abstimmung über den ergänzten Antrag 3:

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat genehmigt die Übernahme der Ausfinanzierungskosten für "Aarau eusigund Stadt" in der Höhe von rund 74'000 Franken unter dem Vorbehalt, dass der Anschluss an eine Sammelstiftung per 01.01.2014 geprüft wird und diese Prüfung zu keiner besseren Lösung führt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

Abstimmung über den ergänzten Antrag 4:

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat genehmigt die Übernahme der Ausfinanzierungskosten für das Gemeinschaftszentrum Telli in der Höhe von rund 9'000 Franken unter dem Vorbehalt, dass der Anschluss an eine Sammelstiftung per 01.01.2014 geprüft wird und diese Prüfung zu keiner besseren Lösung führt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

68. Kreditabrechnung Umsetzung FURORA

Marc Dübendorfer, Präsident: Mit Datum vom 18. Juni 2012 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Umsetzung FURORA". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von Fr. 1'110'000.00 mit Bruttoanlagekosten von Fr. 936'145.10 ab. Es resultiert somit eine Kreditunterschreitung von Fr. 173'845.90 oder 15,66 %. Die Kreditabrechnung lag der FGPK zur Prüfung vor. Sie empfiehlt einstimmig die Annahme der Abrechnung und verzichtet auf ein Kommissionsreferat. Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung "Umsetzung FURORA".

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

69. Kreditabrechnung Suhre-Steg Telli

Marc Dübendorfer, Präsident: Mit Datum vom 2. Juli 2012 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Suhre-Steg Telli". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von Fr. 590'000.00 mit Bruttoanlagekosten von Fr. 349'106.55 ab. Es resultiert somit eine Kreditunterschreitung von Fr. 240'893.45 oder 40,83 %. Die Kreditabrechnung lag der FGPK zur Prüfung vor. Sie empfiehlt einstimmig die Annahme der Abrechnung und verzichtet auf ein Kommissionsreferat. Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung "Suhre-Steg Telli".

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

Marc Dübendorfer, Präsident: Wir sind am Schluss der heutigen Sitzung angekommen. Ich danke für das speditive Abhandeln der Traktanden heute Abend. Wir sehen uns zur nächsten Sitzung am 12. November 2012. Ich wünsche allen Anwesenden alles Gute bis dann.

Schluss der Sitzung: 22.30 Uhr

EINWOHNERRAT AARAU

Der Präsident:



Marc Dübendorfer

Der Protokollführer:



Stefan Berner